WIDERSPRUCH
Beiträge zu sozialistischer Politik
50
25 Jahre
Alternativen!
Solidarische Ökonomie, Geschlechtergerechtigkeit; wirtschaftliche Frauenrechte; Marktmetaphysik; Humanisierung der Arbeit; Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften; Feministische Kapitalismuskritik; Lohngleichheit, Sozialversicherung; Migrationspolitik; Neuromythologie und Psychiatrie
E. Altvater, L. Gubitzer, D. Elson, J. Gideon, A. Künzli, W. Schöni, P. Oehlke, A. Demirovic, F. Haug, C. v. Werlhof, S. Strub, C. Knöpfel, B. Glättli, M. Rufer
Neuformierung der Linken
W. Eberle / H. Schäppi: Emanzipatorisches Projekt
U. Brand: Progressive Strategien in Europa
J. Bischoff / Ch. Lieber: Linkspartei/PDS und WASG
Ch. Reymann: Frauenfrage – der blinde Fleck
K.H. Roth: Proletarität und soziale Befreiung
228 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

mungen zu verhandeln, die vormals kollektiv oder über Schiedsspruch geregelt waren. Arbeitgeber allerdings können sich dagegen entscheiden, eine neue Vereinbarung zu verhandeln. Alles was sie tun müssen, ist, die Arbeitnehmer darüber 90 Tage vorher zu informieren. In diesem Fall kann es passieren, dass die ArbeiterInnen vertraglich auf die fünf neuen Minimalbedingungen zurückgeworfen sind. (siehe unten).

Arbeitnehmer ohne kollektiven Rückhalt haben, und das ist das erklärte Ziel von »*WorkChoices*«, keinerlei »freie Wahl« mehr, ob sie die von den Unternehmen diktierten Verträge und Abmachungen akzeptieren. Es ist einfach, diese Lohnabhängigen zu erpressen, einen Individual-Arbeitsvertrag zu unterschreiben und den Zugang zu den Vorteilen kollektiver Verträge – bessere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und eine stärkere Stimme für die ArbeiterInnen – zu versperren.

## Das Sicherheitsnetz von Standards und Bedingungen wird durchlöchert

Faire Löhne und Arbeitsbedingungen sind das nächste, was verschwindet. Dieses Gesetzespaket zerstört das ›Sicherheits-Netz‹ in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen, auf das die ArbeiterInnen angewiesen sind, wenn sie faire Mindeststandards in Australien schaffen wollen.

Die Anzahl von Regelungstatbeständen, die über die Rechtsprechung der Kommissionen gefasst werden können, wurde deutlich reduziert auf 16. Gleichzeitig wurde der AIRC die Befugnis zur Festlegung von nationalen Mindestlöhnen entzogen und auf eine von der Regierung eingesetzte so genannte »*Fair Pay Commission*« (FPC; Kommission für gerechte Bezahlung) übertragen.

Anders als die AIRC ist die FPC nicht daran gebunden, ein Set ökonomischer Indikatoren oder Einwände der Gewerkschaften zu berücksichtigen, und insofern ist es unwahrscheinlich, dass sie das gleiche Entwicklungsniveau bundesweiter Lohnsteigerungen halten wird. Sie kann zwar die Mindestlöhne nicht unter das bestehende Niveau absenken, aber sie hat auch keinerlei Verpflichtung, sie zu erhöhen.

Diese Veränderungen werden wahrscheinlich im Laufe der Zeit einen dramatischen Einfluss haben, und zwar insbesondere auf die Arbeitsbedingungen jener ArbeiterInnen, die lediglich auf die Schiedssprüche zurückgreifen können, um ihre Löhne, Arbeitsbedingungen und die jährlichen Lohnerhöhungen, die bislang durch die AIRC im Rahmen des Inflationsausgleichs vorgenommen wurden, zu sichern. Über 25 Prozent der australischen Erwerbsfähigen sind immer noch unter den Rahmenbedingungen von Schiedssprüchen beschäftigt, zumeist solche in Niedriglohnbereichen wie dem Gastgewerbe oder Einzelhandel.

Die Reduzierung von Fällen, die über Schiedssprüche geregelt werden können, wird darüber hinaus auch Implikationen für die Tarifverträge haben, da dieses System von Urteilen bislang Kollektivvereinbarungen untermauert hat.

Bis zur Einführung von *WorkChoices* galt der bereits erwähnte »No-disadvantage-Test«, eine Art Meistbegünstigungsklausel. Ziel dieses Verfahrens war es, möglichst breit, über einzelne Kommunen hinaus akzeptierte Standards für Fragen der Arbeitszeit, des Mutterschutzes, der Kündigung und anschließenden Erwerbslosigkeit zu schaffen.

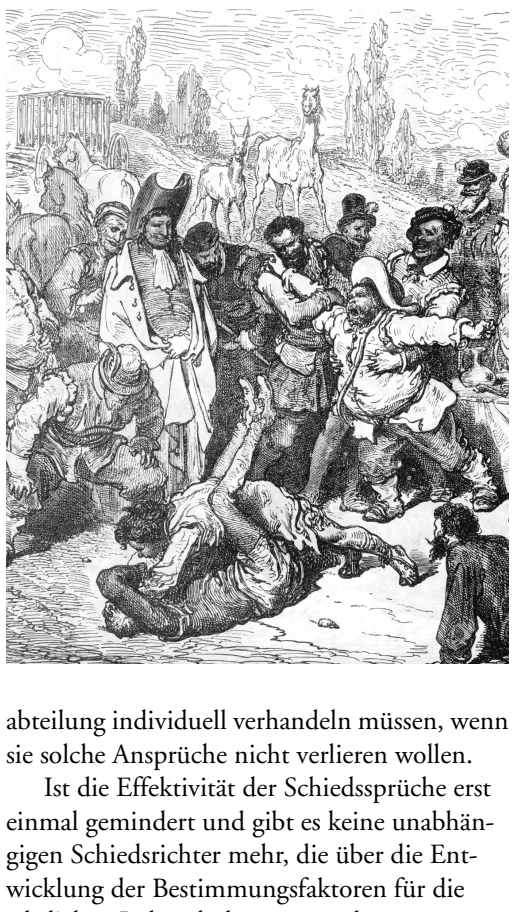
In Zukunft ist es vollkommen legal, wenn nicht-gewerkschaftliche Kollektivvereinbarungen und AWAs den arbeitsrechtlichen Entscheidungen der Kommissionen widersprechen oder diese unterschreiten und die Einhaltung der Schiedssprüche letztlich zu einer freiwilligen Angelegenheit machen.

Nach den neuen Gesetzen wird jede neue Arbeitsplatzvereinbarung nur noch fünf Minimalkriterien genügen müssen:

- ein Mindestlohn – gegenwärtig 12,75 australische Dollar pro Stunde (für junge Arbeiter unter 21 weniger);
- vier Wochen Jahresurlaub, von denen zwei auf Antrag des Beschäftigten als Lohn ausgezahlt werden können
- 10 Tage bezahlte persönliche/kurbedingte Abwesenheit (einschließlich krankheitsbedingter Fehlzeiten)
- 38-Stundenwoche im Durchschnitt (mit einem Ausgleichszeitraum von einem Jahr, damit Überstunden vermieden werden)
- 52 Wochen unbezahlter Erziehungsurlaub nach der Geburt oder Adoption eines Kindes

Das heißt, dass viele der bisher über Schiedssprüche oder kollektive Unternehmensvereinbarungen geregelten Arbeits- und Vertragsbedingungen nicht mehr eingeschlossen sind: bezahlter Mutterschaftsurlaub, Abfindungen, Dienstplanregelungen und freie Tage, die Bezahlung für gesetzliche Feiertage, Anrechnung von Feiertagen auf Urlaubs- und Entgeltregelungen, Überstundenbezahlung, Zuschläge für Schicht- und Wochenendarbeit, Essen, Reisekosten, Werkzeugkosten, höhere Verpflichtungen, Rechte und Bezahlung von Teilzeit-Beschäftigten, sonstige Zuschläge.

In jedem einzelnen Fall werden die Beschäftigten bei einem AWA mit der Personal-



abteilung individuell verhandeln müssen, wenn sie solche Ansprüche nicht verlieren wollen.

Ist die Effektivität der Schiedssprüche erst einmal gemindert und gibt es keine unabhängigen Schiedsrichter mehr, die über die Entwicklung der Bestimmungsfaktoren für die jährlichen Lohnerhöhungen wachen, erwartet die australischen ArbeiterInnen eine zunehmende Einkommensungleichheit und insbesondere weniger Schutz für Beschäftigte in den Niedriglohnbranchen. Die von der Regierung als Alternative zu den Schiedssprüchen festgesetzten Minimalbedingungen stellen jetzt schon eine deutliche Senkung der Standards dar.

## Abnahme der Arbeitsplatzsicherheit

Die Arbeitsplatzsicherheit wird weiter abnehmen, da es erklärtes Ziel der Gesetzgebung ist, Gelegenheitsarbeit ebenso wie die Praxis, Arbeiter als selbstständige Subunternehmen anzustellen, zu fördern. Zugleich haben die Arbeitnehmer viele ihrer bisherigen Schutzrechte gegenüber ungerechtfertigter Entlassung verloren. Für Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten wurde der Schutz vor ungerechtfertiger Entlassung unter der *WorkChoices*-Gesetzgebung abgeschafft, während Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten eine ganze Reihe von »operationalen« Gründen als Rechtfertigung für die Umgehung des Kündigungsschutzes vorlegen können.

In Kombination ergibt sich aus diesen Veränderungen die Schaffung einer Niedriglohnökonomie, die das Verhältnis von Kapital und Arbeit drastisch zu Lasten der Lohnabhängigen verschieben wird, während zugleich die Möglichkeiten der ArbeiterInnen, gemeinsam vorzugehen, um Löhne und Arbeitsbedingungen zu sichern, weitgehend eingeschränkt werden.

***Übersetzung: Kirsten Huckenbeck, Jörg Warschatz***

*Teil II folgt im nächsten express.*

* *Donna McGuire arbeitet für die »Queensland Independent Education Union« in Australien und hat im vergangenen Jahr an der Universität/Gesamthochschule Kassel einen Masters-Abschluss im Aufbaustudiengang »Labour Policies and Globalisation« absolviert.*

***Literatur:***

*Kampagnen-Website der ACTU: www.yourrightsatwork.com.au*
*Crosby, Michael (2005): »Power at Work: Rebuilding the Australian Labour Movement«. The Federation Press: Annanndale*
*Peetz, David (2006): »Brave New Workplace«. Allen und Unwin: Crows Nest*
*The Federal Government's Industrial Relations Policy: Report Card on the Proposed Changes by 17 of Australien's leading academic researchers in the fields of industrial relations und Arbeit market issues 2005 (www.econ.usyd.edu.au/wos/IRchangesreportcard/)*

***Anmerkungen:***

1) *Peetz, David (2006): »Brave New Workplace«, S. 160*
2) *Crosby, M. (2005): »Power at Work«, S. 38*
3) *Formen industrieller Vereinbarungen unter »WorkChoices« beinhalten:*
   - *Tarifverträge zwischen einem Arbeitgeber und einer Gewerkschaft bzw. mehreren Gewerkschaften, die Arbeitnehmer am Arbeitsplatz vertreten, abgeschlossen durch Gewerkschaften, die im Namen der Arbeitnehmer verhandeln;*
   - *Tarifverträge, die zwischen einem Arbeitgeber und einer Gruppe von Arbeitnehmern, für die die Vereinbarung gelten soll, abgeschlossen werden, ohne dass die Gewerkschaften an den Verhandlungen beteiligt werden müssen;*
   - *das »Australian Workplace Agreement« (AWA), das einen individuellen, schriftlichen Vertrag zwischen einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer darstellt;*
   - *gewerkschaftliche und nicht-gewerkschaftliche Vereinbarungen für neue Branchen; und*
   - *einzelne Tarifverträge, die mehrere Unternehmen abdecken, aber diese müssen von der zuständigen Abteilung der Regierung, dem »federal government's Office of Employment Advocate« genehmigt werden (www.oea.gov.au).*
4) *Professor Ron McCallum (2005): »The Australian Constition and the shaping of our federal and state labour laws«, S. 5-7. (www.econ.usyd.edu.au/content.php?pageid=14896)*
5) *Zur vollständigen Debatte darüber, wie diese Gesetzgebung gegen internationale Arbeitsgesetze verstößt, siehe die Eingabe des »International Centre for Trade Union Rights« (ICTUR) an den australischen Senat im Rahmen der Senats-Untersuchung zum »WorkChoices«-Gesetz 2005 (www.ictur.Arbeitnet.org/Senatesubmission.htm)*
6) *Diese Regierungsabteilung (OEA) ist eigens geschaffen worden, um die unter WorkChoices abgeschlossenen Arbeitsverträge zu dokumentieren. Theoretisch könnte sie Vereinbarungen auch ablehnen, wenn diese unzulässige Regelungen beinhalten, doch die Gewerkschaften kritisieren die OEA, weil sie in dieser Hinsicht sehr einseitig zu Gunsten der Unternehmer entscheidet.*

zeigen, dass die Mehrheit der Australier diese Gesetze nicht unterstützt und die ökonomischen Argumente der Regierung nicht akzeptiert. Sogar Unterstützer der Howard-Regierung halten die Gesetze für zu weitgehend.

Die Behauptung, geringere Mindestlöhne und Individualverträge führten zu mehr Arbeitsplätzen und höherer Produktivität, wurde auch in der revidierten Fassung der OECD-Arbeitsplatzstrategie (*OECD Jobs Strategy*)[1] in Frage gestellt; auch die Wirtschaftsanalytiker von »BIS Shrapnel«, Australiens führendem Wirtschafts- und Marktforschungsinstitut bezweifeln deren Stichhaltigkeit.

Die australischen Gewerkschaften haben ihre Anstrengungen verstärkt, öffentliches Bewusstsein für die Folgen der *WorkChoices*-Gesetzgebung zu erzeugen. Für den Präsidenten des *Australian Council of Trade Unions* (ACTU), Sharan Burrow, sind die Demonstrationen Ausdruck der grundsätzlichen Ablehnung der neuen Arbeitsgesetze in der Bevölkerung. ACTU will *WorkChoices* zum Hauptthema der nächsten Wahlen machen (weitere Informationen auf der Internetseite des Gewerkschaftsdachverbandes ACTU www.yourrightsatwork.com.au).

Die australische Labor Party, z.Z. im nationalen Parlament in der Opposition, hat versprochen, das Paket von *WorkChoices*-Gesetzen »aufzuschnüren« und die Individualverträge wieder abzuschaffen, wenn sie bei den nächsten Wahlen die Mehrheit bekommen sollte.

Im Folgenden einige Beispiele für die Auswirkungen von WorkChoises:

### *Auch Lufthansa nutzt Lohndrückerei durch Individualverträge*

Am 29. April 2006 wurden Schlachthausarbeiter bei der Firma *Cowra* entlassen, um ihnen ihre Arbeitsplätze für 180-200 Dollar die Woche weniger erneut anzubieten.

*Telstra*, Australiens größte Telekommunikationsgesellschaft, hat kürzlich die Absicht bekundet, einige hundert Beschäftigte zu entlassen und sie aufzufordern, sich für die gleichen Jobs auf Basis von Individualverträgen, die um 200 Dollar die Woche gekürzte Löhne vorsehen, wiederzubewerben.

Eine junge Minenarbeiterin wurde schikaniert und rausgeschmissen, nachdem sie sich geweigert hatte, ein AWA zu unterschreiben, das eine Strafe von 200 Dollar vorsah, sollte sie ihre Krankmeldung nicht mindestens zwölf Stunden vor Arbeitsbeginn ankündigen.

Auch Lufthansa nutzt die *WorkChoices*-Gesetzgebung: Anfang Juni dieses Jahres wurden 80 Beschäftigten eines Melbourner Call Centers, betrieben von *Global Tele Sails*, einer Tochterfirma der Lufthansa, AWA-Individualverträge angeboten, mit denen der Nettolohn um 80 Dollar die Woche gekürzt würde.

Eigentlich ein Fall für internationale Solidaritätsaktionen.

***Übersetzung: Wilfried Schwetz***

***Anmerkung:***

1 *Zur Analyse der OECD Job Strategy siehe ›Assessing the reassessment of the OECD Jobs Strategy: eppur si muove?‹ European Economic and Employment Policy Brief, No. 2 – 2006 von Andrew Watt*

CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation

OFFENE SYSTEME als Kulturbruch in einer verregelten Gesellschaft: Konservativ oder innovativ? · Vielfalt und Differenz: »Hilfen« für offene Räume · Magdeburg: »Offenes« Büro geschlossen · Streitgespräch: Offener Raum – wertvolle Inspiration? · Offene Uni Berlin: »Schmeiß den Schlüssel weg« · Beispiele: Soziales Zentrum und besetztes Haus in Köln · Umweltwerstatt Verden · Kein Offener Raum im Blaue Welt Archiv GENTECHNIK Anti-Genmais-Bustour SOZIOKULTUR MUSA Göttingen: Kultur nicht nur konsumieren, sondern selbst aktiv werden! · KAZ Göttingen: Hoher Anteil ehrenamtlicher Arbeit REPRESSION Demo-SanitäterInnen: Verbotene Symbole – die Faust MEDIEN Im Dschungel der Jungle World GERÄUMT Köln: Gewalt siegt über Dialog VENEZUELA Eine Kooperative der besonderen Art: »Wir disktutieren nicht gegeneinander« DEBATTE Gutes Leben für Alle – durch Umverteilung? »Geld ist genug da. Doch das ist keine Lösung.« GENOSSENSCHAFTEN Bundestag beschließt Erleichterungen für genossenschaftliche Neugründungen u.v.m.
Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muß nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)
Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg
Probelesen: www.contraste.org

express
INTER NATIONAL

Preis: DM 0,50 erscheint in Frankfurt am Main Dienstag, den 24. November 1964 D 8187 E Jahrgang II, Nr. 18

"Die britische Regierung hat sich am Montag gegen die Bildung einer Multilateralen Atomstreitmacht der NATO ausgesprochen. In der Verteidigungsdebatte des britischen Unterhauses sagte Premierminister Wilson, Amerika solle der einzige Hüter der Atommacht des Westens bleiben: 'Wir sind unwiderruflich gegen mehr Finger am atomaren Abzug.'"

Selten lesen wir so gute Nachrichten in der Zeitung. Selten setzt sich in den politischen Entscheidungen unserer Zeit die Vernunft durch. Selten konnte man von einer neuen Regierung in so kurzer Zeit so viel Gutes berichten. Gewiß, die Labour-Regierung unter Harold Wilson versucht, niemanden zu brüskieren. Sie trifft aber trotzdem Entscheidungen. Gute Entscheidungen. Wichtige Entscheidungen.

Denn wenn man in der Bundesrepublik nach der Todesstrafe schreit, wenn man meint, zwanzig Jahre nach Kriegsende seien die entsetzlichen Verbrechen der Nazis verjährt, wenn man hier immer noch die Hoffnung hegt und aussprecht, die "verlorenen Ostgebiete" "unblutig" wiederzugewinnen, wenn man hier kaum zwanzig Jahre nach Kriegsende schon wieder über eine der modernsten Armeen verfügt, wenn man dazu noch die Großmachtträume de Gaulles begierig nachahmt – Träume, von denen wir ein für alle Mal genug haben sollten – und wenn schließlich diese Gernegroßmacht einen Finger am atomaren Abzug haben will, dann sollte man ihr auf die Finger hauen.

Wilson hat es getan. Aber das wird nicht genügen, Bonn und Washington können sich auch ohne Paris und London einigen. Letztlich wurde die MLF von den USA doch nur für die Bundesrepublik erfunden. Uns bleibt eine Hoffnung. Die Vernunft hat noch eine Chance. In einem Jahr haben wir eine neue Regierung. Hoffentlich eine andere, eine bessere, kurz, eine gute Regierung. Dann müßten wir an einem Dienstag im November 1965 in der Zeitung lesen können: "Die deutsche Regierung hat sich am Montag gegen die Bildung einer Multilateralen Atomstreitmacht der NATO ausgesprochen."

express
INTER NATIONAL

Preis: DM 0,50 erscheint in Frankfurt am Main Montag, den 24. Januar 1966 D 8187 E Jahrgang III, Nr. 39

dpa

## Gesamtdeutsch

Keiner will den Biermann, keiner will den Neuss. Der Osten nicht, der Westen nicht. Beide wollen beide nicht. Wir haben längst die Einheit eines gesamtdeutschen Gettos, der die Wiedervereinigung überflüssig macht. Es ist erreicht. Bliebe nur noch die Defa-Filme kastrieren und Ulbricht zur Abwechslung westdeutsche Pinscher.

Keiner will den Biermann, keiner will den Neuss. Denn Biermann will keinen Glückseintopf und Neuss will keine Freiheitsglöckchen. Solchen Miesmachern sollte man aber wirklich das Maul stopfen. Schließlich ist Biermann ein Knecht des Klassenfeindes. (Neuss auch). Und Neuss zeigt eine gute Regierung. Hoffentlich eine andere, eine bessere, kurz, eine gute Regierung. Dann müßten wir an einem Dienstag im November 1965 in der Zeitung lesen können: "Die deutsche Regierung hat sich am Montag gegen die Bildung einer Multilateralen Atomstreitmacht der NATO ausgesprochen."

Keiner will den Biermann, keiner will den Neuss. Man braucht sich die beiden nur einmal anzusehen. Der Biermann singt hemmungslose Hetzlieder und Schweinereien. Der Biermann zupft eine Guitarre. Wie einen Frauenkörper. Pfui. Der Neuss zieht alles in den Dreck. Der Neuss haut auf die Pauke. Wir hatten schon von der Blechtrommel genug.

Keiner will den Biermann, keiner will den Neuss. Zu Recht. Denn Neuss/Biermann ist dagegen. So was stört. Hüben wie drüben. Für sowas gibt es keine Anzeigen, höchstens: anzeigen. Wir können uns sowas nicht leisten. Hier wird auf den Staat gespuckt. Wehrkraft und Aufbaugeist zersetzt. Unsere Jugend verdorben.

Es wäre immerhin denkbar, daß beim Anhören vom Jüngsten Gericht und der Drahtharfe plötzlich jemand anfängt nachzudenken: ein Soldat über Befehle, ein Arbeiter über Verhältnisse. Über die besten, die wir je hatten. Gesamtdeutsche Verhältnisse.
Keiner will den Biermann, keiner will den Neuss.

express
INTER NATIONAL

D 8187 E

Preis: DM 0,50 erscheint monatlich in Frankfurt am Main Dienstag, den 22. Oktober 1968 Jahrgang VI, Nr. 62

## Olympischer Klassenkampf

Man reagierte empört. Die "Black Power"-demonstrierenden farbigen US-Athleten hatten das "Weltfriedensfest des Sports" durch Klassenkampfparolen gestört. Die Empörung war verständlich. Hatten nicht gerade diese Athleten allen Grund, die Idee der Olympischen Spiele zu respektieren? Schließlich verdanken sie ihren sozialen Aufstieg durch die Förderung ihrer sportlichen Leistung nur der Tatsache, daß es solche internationalen Prestigewettkämpfe gibt. Die Demonstration der farbigen Sprinter zeigte nun, daß gerade diejenigen Athleten skeptisch geworden sind, deren sozialer Aufstieg ihnen die Zeit zum Nachdenken gibt,

um zu verstehen, wie sehr diese politische Demonstration im Rahmen der Olympischen Spiele sprengt, muß man sich auf den Ursprung der modernen Spiele besinnen. Hinter der Idee Coubertins von einem "Weltfriedensfest des Sports" stand der Glaube des "liberalen" Zeitalters an die Frieden und Glück stiftende freie Konkurrenz". Damals war die bürgerliche Jugend im Sport eines Bereich jenseits der Produktionssphäre, in dem ihre Ideale von der gewaltlosen freien Konkurrenz noch nicht widerlegt waren. Im Laufe der Zeit wurden aus den jungen bürgerlichen Amateuren hochgezüchtete, wohlversorgte und mit wissenschaftlichen Methoden vertraute Athleten aus allen Klassen, die für die "Ehre" ihrer Nation antreten; wenn auch offiziell gelegnet, befriedigen sie doch die mehr oder weniger nationalistischen Gelüste der daheimgebliebenen Fernsehzuschauer. Aus dem Wettkampf autonomer Athleten ist längst die friedliche Konkurrenz verschiedener Gesellschaftssysteme geworden.

Dieser Wettkampf wird diesmal nun gestört durch die offen antikolonialistische und antiimperialistische Demonstration der farbigen Athleten. Sie trugen den Protest der "Jugend der Welt" von Paris bis Mexico City unmittelbar in das Olympische Stadion hinein.
Bezeichnend war die Reaktion des sowjetischen Trainers Korkow: "So etwas würde bei uns nicht passieren, weil wir Sport und Politik in der Sowjetunion nicht miteinander verbinden". Während die Sowjetunion sich an ihrer Koexistenzpolitik festhilt, hat die Jugend der Welt begonnen, die Ideologie der friedenstiftenden freien Konkurrenz zu durchschauen. Ihre Avantgarde stand auf dem Siegespodest und marschierte mit dem Ruf "Revolution statt Olympiade" durch die Straßen von Mexico City und anderswo.

express
INTER NATIONAL

D 8187 D

Preis DM 0,50 erscheint vierzehntägig in Frankfurt am Main Freitag, den 25. Juli 1969 Jahrgang VI, Nr. 77

## Guter Mond

Unser Flug zu Dir kostet bereits 30 Milliarden Dollar – bedenke, das ist soviel wie ein Jahr Vietnam-Krieg, 500,000 sind mit Dir beschäftigt – nur 5,000 forschen gegen den Krebs. Jährlich verhungern Millionen Menschen – mit den Mitteln des Flugs zu Dir oder des Vietnam-Kriegs könnten Ungezählte gerettet werden.

Trotzdem: Deine Eroberung ist ein normales Ergebnis der Entwicklung unserer Gesellschaft, ihres kulturellen und technischen Fortschritts. Deine Erforschung würde es möglich machen, 15 Milliarden Dollar bei den Ernten zu sparen, die augenblicklich verloren gehen, wenn das System der Wettervorhersage durch meteorologische Satelliten verbessert und dann das Säen und Ernten im Weltmaßstab geplant wird. Daraus kann heute nichts werden: wenn man bei uns plant, dann dient es zur Erhöhung des Prestiges der USA – und nicht dazu, den Bewohnern der Erde zu höheren Ernten zu verhelfen. Es wächst sowieso schon zuviel Weizen in Nordamerika. Nahrhafte Perspektiven als Nebenprodukt der Rüstung – aber auch sie können nicht wahr werden. Und wenn die Rüstung nicht auf Hochtouren läuft – es fehlt der große Krieg! – dann verschlingt sie doch soviel, daß das Nach-Apollo-Programm grausam gekürzt werden müßte.

Die Amerikaner – und ihre Satelliten – verkünden: Deine Eroberung bedeutet die Überlegenheit des American Way of Life über die abgeschlagenen Luna-Anhänger. Das ist genau so naiv wie damals, als die ersten Sputniks den Triumph des Sozialismus verkünden sollten. Nicht im Wettlauf zu Dir, nicht in der Ablenkung von der eigenen Misere liegt der Kernpunkt dieser technischen Höchstleistungen: daß wir den Weg zu Dir gefunden haben, ist nur ein Hinweis auf Möglichkeiten einer anderen Gesellschaft.

Guter Mond

# We want you!

## Erste Ergebnisse der LeserInnenumfrage und warum wir diese machen

So schnell kann's gehen mit dem Wetterumschwung. Bei der Produktion des letzten *express* hieß es noch: »Es ist heiß, es ist Sommer, und die Welt ist zu Gast bei Freunden (...) Prima Klima also«. Aber dass die Naturphänomene bisweilen noch schneller wechseln als die – ohnehin kaum noch von Jahreszeiten abhängigen – Moden, war auch im August schon klar. Und dass der schöne Schein eines kurzen Sommers, in dem »wir« alle Freunde und gleich waren vor den Leinwänden, wenig Substanz hat, war Hintergrund unseres Fischzugs in Untiefen, den wir im letzten *express* angekündigt hatten.

Jetzt ist August, und spätestens seit Peer Steinbrücks Äußerung, die Deutschen mögen doch bitte weniger in Urlaub fahren und ihr – oder eigentlich unser? – Geld in fremden Ländern, d.h. in den Ökonomien der »Freunde« ausgeben, sondern stattdessen »unsere« – oder ihre? – Pensionsansprüche finanzieren, ist klar, dass im Ausland so wenig Prima Klima möglich sein soll, wie es hier schon herrscht. Nur die Bundeswehr, die darf künftig Sonne an ferne Gestade tragen, da sie schon so viel Erfahrung damit hat, wie die Länder der Freunde zu wahrhaften Îles d'heureuses umgestaltet werden können.

Furchtbar sind nicht nur die sozialen Abgründe, in die wir (nicht nur) hierzulande blicken, sondern auch die alles andere lichten intellektuellen Höhen, in denen die Debatte um Auslandseinsätze der Bundeswehr, um nur ein Beispiel für die außenpolitischen Ambitionen der BRD zu nennen, geführt wird. Einig ist man sich in Einem, egal ob Befürworter oder Opposition: Es geht um die Verteidigung der Menschenrechte, die schon für vieles herhalten mussten. Und um die besondere Verantwortung Deutschlands aufgrund des Nationalsozialismus. Differenzen gibt es lediglich bei der Frage, zu welchem Zweck der NS instrumentalisiert, und damit seiner historischen Bedeutung und insofern auch seiner Kontinuitäten nach 1945 entkleidet wird: ob nun für oder gegen den Einsatz im israelisch-libanesischen Krieg. Immer verschwindet in solchen manichäischen Entscheidungsalternativen, zumal auf dem Felde der militärischen Logik, die Begründung und der Hintergrund – und das soll es ja auch. Denn sonst müsste über die sozialen Verhältnisse, die diese hervorbringen, geredet werden – und nicht nur das.

Als vorerst letzter, kurzer Nachtrag zur Debatte um den »entspannten« Nationalismus, und weil sich's gerade so schon fügt, dass Bert Brecht landauf, landab aus Gründen entsprechender Jahreszahlenarithmetik (und nicht etwa aus politisch-ästhetischer Sympathie) geehrt wird: Wir schließen uns vorbehaltlos seinem Vorschlag an, künftig von »unserem« Land nur noch als »Land Nr. 11 und damit basta« zu sprechen, denn, wie Brecht am 11. November 1943 in seinem Arbeitsjournal formulierte: »deutschland muß sich nicht als nation emanzipieren, sondern als volk, genauer als arbeiterschaft. Es war nicht ›nie eine nation‹, sondern es war eine nation, d.h., es spielte das spiel der nationen um weltmachtstellung und entwickelte stinkenden nationalismus« (frankfurt a.m. 1973, S. 642)

Das ist nun kein kleines Programm. Weder im Juli noch jetzt im August, der seiner äußeren Erscheinung nach auch wieder mehr den inneren Verhältnissen entspricht, steht es zum Besten mit der Emanzipation der Deutschen als Arbeiterschaft. Und es ist auch die Frage, was eine Zeitung wie der *express* dazu beitragen *kann*, selbst wenn er *könnte*. Ersteres hängt entscheidend von der Wahrnehmung dieser Zeitschrift in den verschiedenen sozialen und politischen Zusammenhängen, in denen unsere LeserInnen, also Ihr, tätig seid, ab; letzteres entscheidend vom »Machen« der Zeitschrift selbst, damit von den »Machern« und ihren MitarbeiterInnen, letztlich also auch Euch.

Die LeserInnenumfrage dient also nicht nur dem bereits erwähnten »Fishing for compliments und Kritik«, d.h. der Ermittlung des »Gebrauchswerts«, den eine solche Zeitung für Euch, unsere LeserInnen, hat. Das ist für sich genommen allerdings auch schon eine Anstrengung wert, stellen die Ergebnisse solcher Befragungen doch einen ersten Schritt zur Überbrückung der Distanzen zwischen Redaktion und Rezipienten dar. Denn selbst wenn wir unterhalb der »großen Linien« im Einzelnen immer genau anzugeben wüssten, warum und in welcher Perspektive wir welche Konflikte, Probleme, Themen, Artikel etc. für wichtig halten und sie entsprechend behandeln, so ist damit doch noch lange nicht gesagt, dass dies auch in der Zeitung zum Ausdruck und bei den LeserInnen ankommt. Vielleicht »lest« Ihr etwas ganz anderes heraus und hinein in dieses Produkt eines nicht wenig anstrengenden »ständigen Prozesses der Diskussion, Organisation und des Artikelschreibens«, wie unser Vorgänger Eberhard Schmidt 1979 die Tätigkeit der damaligen Redaktion aus ähnlichem Anlass beschrieb. Es geht hier also um die Vermeidung des Sprechens in den berühmten »leeren Raum«, der zwar ohnehin eine Fiktion ist, aber vielleicht mit ganz anderen Interessen, Begehrlichkeiten und Wünschen gefüllt, als es aus und in Offenbach scheint. Und es geht darum, in einen engeren Austausch zu kommen, der schließlich auch die Suche nach, Verständigung über und Konkretisierung von Perspektiven auf die vielzitierte »andere Welt«, die möglich ist, beflügeln kann.

Selbige Interessen und Begehrlichkeiten einzubeziehen, und damit wären wir beim zweiten Ziel unserer »Umfrage«, war ebenfalls damals schon ein Anliegen der Redaktion. Denn, um noch einmal Eberhard Schmidt zu zitieren aus einer Sonderbeilage, mit der der *express* im September 1983 erneut versuchte, ein Stück Öffentlichkeit (zurück) zu gewinnen und sein MitarbeiterInnen- und Korrespondentennetz auszuweiten:

»Die Schwierigkeiten beim Machen einer solchen Zeitung sind keine geringen (...) [d]a die Zeitung von der Informationsbeschaffung bis hin zum Umbruch von den Redakteuren selbst hergestellt wird (...) In der Redaktion, die sich aus Kolleginnen und Kollegen aus Betrieben und Verwaltungen, Wissenschaftlern und Bildungsarbeitern zusammensetzt, werden kontroverse politische Einschätzungen ausdiskutiert. Gleichwohl wird eine gewisse Bandbreite an Meinungsvielfalt trotz aller ›Linie‹ bewusst angestrebt. Obwohl mehr als die Hälfte der Beiträge von draußen kommt, stellt die Ausweitung des Korrespondentennetzes und die Beschaffung von Informationen und Artikeln zu aktuellen Themen in jeder Ausgabe neue Probleme, zumal viele Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben vor der Anstrengung zurückschrecken, ihre Erfahrungen und Vorstellungen zu Papier zu bringen. Sicherlich sind dies Probleme, die auch bei anderen Betriebszeitungen eine große Rolle spielen. Sie stellen sich jedoch verschärft, je weiter eine Zeitung vom unmittelbaren Betriebsgeschehen entfernt ist und dem Anspruch genügen muss, verallgemeinerungsfähige und exemplarische Inhalte vorzustellen. Eine große Rolle spielen in diesem Zusammenhang Sprache und Umbruch der Zeitung, sie sind nicht zufällig ständiger Kritikpunkt in unseren internen Diskussionen und Gesprächen mit Lesern. Komplizierte Sachverhalte, etwa im technologischen, ökonomischen oder tarifpolitischen Bereich so zu vermitteln, dass weder Schwierigkeitsgrad der Probleme verloren geht, noch die Verständlichkeit darunter leidet, ist nicht selten äußerst schwer lösbar und erfordert große Anstrengungen von Redaktion und Artikelschreibern.«

Fast schon ein bisschen trotzig schrieben damals seine Kollegen aus der Offenbacher »Sitzredaktion« in der gleichen Sondernummer über hohe Ansprüche aus den Niederungen des Redaktionsalltags heraus betrachtet: »Von daher sieht es nicht gerade rosig aus mit dem, was wir uns unter unserer Arbeit ›noch‹ vorstellen. Wir sind damit ständig überfordert. Und versuchen, uns realistische Ziele zu stecken, ohne freilich diese Ansprüche aufzugeben. Dazu gehört ›noch‹: Teilnahme an Veranstaltungen, Mitwirkung an Diskussionen und Initiativen anderer. Wir sind ja keine Redigierer oder so was wie journalistische Transportarbeiter für andere. Wir wissen selber auch was – und gerade bei der redaktionellen Arbeit sammeln wir viel Erfahrungen. Eigene Initiativen, Konferenzen, das politische Ein- und Mitmischen gehört auch ›noch‹ dazu. Ganz zu schweigen von der Alltagsarbeit, die nach außen gar nicht bekannt, aber dennoch wichtig ist: das Vermitteln von Kontakten, Referenten, Informationen.«

Nun ist es – siehe Einleitung – nicht so, dass die materiellen Voraussetzungen für ein solches Projekt besser, die politischen Verhältnissen für emanzipatorische Debatten offener, die Gewerkschaften fortschrittlicher, die Arbeitsverhältnisse abgesicherter, die Zeitkapazitäten umfänglicher, die Linke zahlreicher, die Welt kleiner und überschaubarer geworden wäre.

Umso abhängiger sind wir von Eurem »Feedback«, und umso mehr freuen wir uns, Euch in dieser Ausgabe erste Rückmeldungen auf unsere Leserumfrage präsentieren zu können. Den nächsten »Schwung« gibt es in der nächsten Ausgabe, ebenso wie einen Bericht über unsere eigenen Erfahrungen und Einschätzungen der Situation sowie einen Bericht darüber, wie es »hinter den Kulissen« zugeht. Was wir damit anfangen, und wie es weiter geht, würden wir dann gerne zusammen mit Euch diskutieren. Seid jetzt schon herzlich eingeladen – enrichez vous!

## »Ein identifizierbares politisches Profil« in der Informationsflut

Liebe Leute von der *express*-Redaktion,
gerne komme ich Eurer Aufforderung nach, etwas zu meiner Wahrnehmung des »*express*« zu sagen. Zunächst einmal: ich finde es enorm wichtig, dass es den *express* als eine Zeitung gibt, die einer linken undogmatisch-kritischen Position verpflichtet geblieben ist. Diesbezüglich hat sich der Blätterwald mittlerweile doch erheblich gelichtet, quantitativ wie qualitativ. Das sage ich auch als Mitglied der alten *links*-Redaktion, der es leider nicht gelungen ist, ihr Blatt in schwierigen Zeiten über die Runden zu bringen. Das hatte seine Gründe in der etwas prekäreren finanziellen Basis, nicht zuletzt aber auch in den innerlinken Spaltungsprozessen, von denen die neunziger Jahre geprägt waren.

Einer Tradition linker Publizistik treu zu bleiben und in der inzwischen angesagten Flexibilität nicht alle politischen und medialen Wenden mitzumachen, bedeutet allerdings auch das Risiko, LeserInnen und AbonenntInnen zu verlieren, die mit so etwas sozusagen Altbackenem nicht mehr viel anfangen können. Für die Abo-Rückgänge, die Ihr verzeichnen müsst, gibt es wahrscheinlich nicht nur finanzielle Gründe, sondern sie haben auch etwas mit veränderten politischen Lagen und auch mit Lese(un)gewohnheiten zu tun. Wie dem zu begegnen wäre, ist mir auch nicht ganz klar.

Trotzdem bin ich der Überzeugung, dass gerade angesichts des aktuellen Booms der neuen elektronischen Medien eine gedruckte Zeitung mit einer Redaktion, die ein identifizierbares politisches Profil hat, unverzichtbar ist. Dies nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass die wachsende Informationsflut allmählich in Desinformation umzuschlagen droht. Information ohne Einordnung, Bewertung, Kontext und Hintergrund ist nutzlos. Gerade deshalb wird es noch wichtiger, dass es Leute gibt, die wichtige Probleme identifizieren können, die Information von Schrott zu unter-

scheiden vermögen und die eine nachvollziehbare Sicht auf die Welt zu vermitteln vermögen.

Natürlich hat jedeR LeserIn ein spezifisches Interesse. So stehen Betriebs- und Gewerkschaftsfragen bei mir nicht im Zentrum, aber trotzdem schätze ich es, über den *express* auch auf diesem Gebiet mit Informationen und Einschätzungen versorgt zu werden, die ich in den anderen von mir wahrgenommenen Medien weniger finde. Aber ich halte es auch für wichtig, dass der *express* über den gewerkschaftslinken Tellerrand hinauszublicken versucht und Themen aufgreift, die dort (noch) nicht im Zentrum stehen. Ein Beispiel dafür ist die Debatte um ein allgemeines garantiertes Grundeinkommen. Für unerlässlich halte ich es auch, dass sich der *express* vielleicht noch stärker mit so genannten allgemeinpolitischen Themen und Analysen beschäftigt. Und nicht nur das: Eher theoretische Beiträge finde ich hin und wieder nicht schlecht, wenn sie sich auf wichtige Probleme beziehen und mehr als Übungen im akademischen Elfenbeinturm sind. Das findet man in leserlich aufbereiteter Form sonst auch immer weniger. Und schließlich finde ich auch den Rezensionsteil gut. Der könnte sogar noch ausgebaut werden.

Meine Erfahrungen mit dem links-netz (im Internet, www.links-netz.de) zeigen, dass es gar nicht schlecht ist, wenn der Zwang besteht, ein gedrucktes Organ mit regelmäßigem Erscheinen machen zu müssen. Das systematisiert die Arbeit und erzeugt einen Druck, bei dessen Fehlen leicht ein gewisser Schlendrian um sich greift. Eine gedruckte Zeitung erfordert halt insgesamt mehr Verbindlichkeit bei den Machenden. Eine Internet-Publikation ist sicherlich kein Ersatz, sondern eher eine Ergänzung zu gedruckten Zeitungen. Ich würde mir wünschen, dass die bisher eher noch punktuelle Kooperation zwischen dem *express* und den links-netz noch etwas enger und kontinuierlicher würde.

Mit den besten Wünschen fürs Weitermachen!

***Joachim Hirsch***

*Joachim Hirsch war Professor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Redaktionsmitglied der »links« und ist mittlerweile Redakteur des »links-netz« (www.links-netz.de).*

D 8187 D

express INTERNATIONAL

Preis DM 0,50 erscheint vierzehntägig in Frankfurt am Main Freitag, den 25. Juni 1971 Jahrg. VIII, Nr. 124

Dieser Betrieb wird bestreikt

Dieser Betrieb wird bestreikt

**Vorhut kommender Kämpfe ...**

Der Lohnkampf in der chemischen Industrie wird mit harten Bandagen geführt. In Wiesbaden schlugen Krümmabeamte in Zivil Streikposten zusammen. In Köln versuchen die Arbeitgeber, Streikposten zu bestechen. In Biebesheim fliegen Produktionsanlagen in die Luft, weil die Firmenleitung unqualifizierte "Arbeitswillige" einsetzt. Kein Zweifel, die von der Chemiegewerkschaft geführte Kampftaktik hat die Arbeitgeber nervös werden lassen. Hartherzige und begrenzte Streiks, mal hier und mal dort, haben in der Anfangsphase dieses Lohnkampfes ein Klima geschaffen, das günstig war für die Ausdehnung des Kampfes, in der nächsten Phase haben Vollstreiks in der Mehrzahl der Unternehmen die Sogwirkung der anfänglichen begrenzten Aktionen ausgenutzt und die Streiksolidarität auf eine breitere Basis gestellt. Die logische Folge dieser Streiktaktik ist die Ausweitung zum Flächenstreik.

Vor diesen Flächenstreik schreckt die Gewerkschaftszentrale in Hannover noch zurück. Die Rückschläge sind erheblicher. Ein größerer Streik paßt nicht in das Konzept der Schillerschen Wirtschaftspolitik. Bekanntlich wird Schiller seit einiger Zeit nicht müde, zu wiederholen, daß der Verteilungskampf im Interesse der Wirtschaftsstabilität eingestellt werden müsse. Die Chemiearbeiter und ihre Gewerkschaft haben sich bisher auf diese Art von Interessenpolitik zum Nutzen der Unternehmer nicht eingelassen.

Viele Chemiearbeiter in Hessen haben nicht vergessen, wie sie im vergangenen Jahr bei ihrem Kampf um betriebsnahe Tarifpolitik im letzten Augenblick von einigen Betriebsräten und von der Gewerkschaftsspitze im Stich gelassen wurden. Auch dieses Jahr hat derselbe rheinland-pfälzische Bezirksleiter wieder mit einem Mini-Abschluß versucht, die Kollegen zu demoralisieren. Freudig luden die Arbeitgeber in Hessen gewerkschaftliche Flugblätter aus Rheinland-Pfalz verteilen, in denen das dortige Ergebnis gerechtfertigt wird und von Streiks wegen der "Verschlechterung der Ertragslage" der Unternehmer abgeraten wurde, (siehe S. 3). Aber diesmal hat das Spiel nicht geklappt. Die IG Chemie konterte selbstbewußt: "Der rheinland-pfälzische Bist paßt nicht auf den Kopf eines Hessen."

Die Arbeitgeber wollen nun linksradikale Gruppen für die Verschärfung der Kämpfe verantwortlich machen. Es wird ihnen kaum gelingen. Zehntausende von streikenden Chemiearbeitern sind keine "vertretete" Minderheit mehr. Sie sind die Vorhut kommender Kämpfe. Die Tarifbewegung in der Metallindustrie beginnt im September ...

## »hin und wieder ermutigende Perspektiven«

Einige Zeit hat die letzte Nummer vom *express* hier provozierend auf dem Arbeitstisch gelegen. Soll ich, will ich, kann ich Eurer Aufforderung nachkommen oder nicht? (...) Ich will ich es versuchen, Du wirst an der Kürze des Textes sehen, wie wenig wir im Grund beitragen können.

1. Über die Nützlichkeit vom *express* in DaimlerChrysler- und der Auto-Koordination kann ich so gut wie nichts sagen. Du wirst es selbst bei der Auto-Koordination einschätzen können. Was die einzelnen in den verschiedenen Ortsgruppen daraus und damit machen, weiß ich wirklich nicht.

2. In früheren Zeiten wurden inhaltliche Beiträge aus dem *express* für die betriebliche Öffentlichkeitsarbeit, d.h. Zeitung, Betriebsversammlungen, Diskussionen im KollegInnenkreis verwandt. Auch wurde der »Betriebsspiegel« an interessierte KollegInnen verteilt. Das ist Vergangenheit. Bei Treffen der Ehemaligen (die meisten sind inzwischen im Ruhestand) kommen Hinweise auf oder aus dem *express* so gut wie nicht vor. Unlängst konnten wir allerdings ein wenig Werbung machen für Euer Seminar Anfang November.

3. Bleibt eine kurze Würdigung des *express* für uns persönlich. Wir lesen die Zeitung nach wie vor sehr gern. Sie bietet eine Menge hochinteressanter, fundierter Artikel, die wir sonst nirgendwo finden. Hin und wieder stoppt die Lektüre vorübergehend oder ganz, wenn die Sachen zu kompliziert dargestellt werden. Aber insgesamt trägt der *express* viel zu persönlicher Vertiefung und Erweiterung von Kenntnissen über die Entwicklung der Gewerkschaften bei. Auch größere gesellschaftliche und politische Zusammenhänge sind gut dargestellt, hin und wieder gar mit ermutigenden, perspektivischen Elementen. Hinweise auf Veranstaltungen, Bücher und Zeitschriften treffen manchmal Bedürfnisse, auch wenn daraus nicht unbedingt eine Teilnahme oder ein Zugreifen erfolgt. Die bildliche Ausgestaltung ist immer sehr ungewöhnlich, anregend.

Mit ganz vielen Grüßen und in der Vorfreude auf die nächste Nummer des *express*.

***Angela Hidding, Fritz Stahl***

*Angela Hidding war Betriebsrätin, Fritz Stahl Vertrauensmann bei Daimler-Chrysler in Mannheim.*

## Nicht bloß gegen den Neoliberalismus

Dass der *express* nötig ist, wird mir in meinem beruflichen Alltag immer wieder vor Augen geführt. Die »Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit« hilft mir nicht nur dabei, die ökonomisch-politischen Hintergründe aktueller Veränderungen bei der Deutschen Post zu erfassen. Der *express* dient mir auch als ein Leitfaden bei (gewerkschafts-) politischen Debatten mit Kolleginnen und Kollegen. Diese Unterstützung möchte ich nicht missen, da ich im Betrieb des Öfteren mit problematischen, manchmal geradezu Besorgnis erregenden Einstellungsmustern und Meinungsäußerungen konfrontiert werde.

Grob differenziert lassen sich drei Gruppen von KollegInnen beobachten. Eine von ihnen ist das in den letzten Jahren merklich geschrumpfte Segment der sozialdemokratisch Orientierten. Sie trauern der korporatistisch geprägten »guten, alten Post« nach und hoffen, dass ver.di und die Betriebsräte das Post-Management im Sinne einer »sozialverträglichen« Konzernpolitik beeinflussen können. Mit solchen Vorstellungen einher geht oft der Wunsch nach der Wiederbelebung einer staatlichen Wirtschaftspolitik, die mittels keynesianischer Instrumente für einen wohlfahrtsstaatlich eingebetteten Vollbeschäftigungskapitalismus sorgt.

Eine weitere Gruppe sympathisiert mit neoliberalen Ideologien. Die von den Massenmedien verbreiteten Floskeln (»weniger Sozialklimbim«, »mehr Markt«) stoßen hier auf beträchtlichen Zuspruch. Folglich kann es nicht verwundern, dass diese Kolleginnen und Kollegen keine Schwierigkeiten mit der Leistungs- und Wettbewerbsrhetorik der Postspitze haben. Sie legen eine ausgeprägte Ellenbogenmentalität an den Tag, schimpfen über die Gewerkschaften und gehen offenbar davon aus, durch demonstrativen Arbeitseifer aus den postbetrieblichen Umstrukturierungen als »Sieger« hervorzugehen.

Das dritte Segment setzt sich zusammen aus einer erklecklichen Zahl von Kolleginnen und Kollegen, denen »Neoliberalismus pur« anscheinend zu wenig emotionalen Überschuss und »Gemeinschaftsgeist« bietet. Sie sind empfänglich für einen modernisierten Nationalismus, in dem sich Bausteine neoliberalen Denkens mit Elementen völkischer Ideologie mischen. Das dürfte dazu beigetragen haben, dass auch unter den Postbeschäftigten der schwarz-rot-goldene WM-Begeisterungstaumel um sich greifen konnte.

Diesen Schattierungen muss die linke Gewerkschaftsdebatte Rechnung tragen. Sie darf sich nicht zu sehr auf die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus fixieren. Auch das Hinterfragen des keynesianischen Staats- und Arbeitsfetischismus ist wichtig. Hier zeigt der *express* erheblich mehr Problembewusstsein und kritischen Biss als etwa die Zeitschrift *Sozialismus* oder das ATTAC-Spektrum. Erfreulich ist überdies, dass der *express* rechte Orientierungen unter den Lohnabhängigen zum Thema macht. Das sollte auch weiterhin geschehen, denn es steht zu befürchten, dass der modernisierte Nationalismus seine Attraktivität als Verarbeitungsideologie gesellschaftlicher Krisenprozesse in den nächsten Jahren weiter steigern kann.

Was erwarte ich außerdem vom *express*? Ich hoffe, dass in dieser Zeitung weiterhin längere, mit grundsätzlichen Überlegungen gespickte Artikel zu finden sind. Sie sind für mich eine wichtige Ergänzung zu den tagesaktuellen Informationen, die per Email-Newsletter vom *labournet* geliefert werden. In dem Zusammenhang möchte ich insbesondere für die Buchbesprechungen und Kongressberichte eine Lanze brechen. Sie ermöglichen einen Überblick über gewerkschaftlich relevante Trends in Publizistik und Wissenschaft. Und dürfen deshalb auch im zukünftigen *express* – wie auch immer sein Emblem demnächst aussehen mag – nicht an den Rand gedrängt werden.

***Geert Naber***

*Geert Naber wohnt in Oldenburg und arbeitet im Briefzentrum der Deutschen Post und ist ver.di-Mitglied.*

## »Nachdenken«

– das tun wir bei der SoZ – gezwungenermaßen – in gleiche Richtung!

Keine Zeit für viele Zeilen ..., aber wenn ich kurz und spontan was sagen soll: Tun wir die Zeitungen zusammen und machen was Neueres – schließlich plagt nicht nur Ihr Euch mit den genannten Problemen. Aber das erfordert mehr als nur eine lockere Überlegung, und ob wir dazu noch kommen werden?

Alles Gute und Soligruß,

***Rolf Euler***

*Rolf Euler ist Mitarbeiter der Zeitschrift »soz«, Köln.*

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

**Der 11. September und seine Folgen**

Anmerkungen zu den Terroranschlägen von New York, Washington u. Pittsburgh

Zum Inhalt

Aktuell

Gewerkschaften: Inland/Debatte

Betriebsspiegel

Internationales/Europa

Rezension

## »etwas sozial-kultureller bitte«

Mit dem Blick des Arbeiters in die Gesellschaft zu sehen, bleibt wichtig; es wird sogar wieder wichtiger, weil dieser allgemeiner wird. Eine Zeitung, die das kann und durchhält, ist es demnach auch. Mögen die Arbeiter inzwischen ebensogut Angestellte sein – ob vom Fabrikboden oder vom Großraumbüro aus: Entscheidend ist, wer von wo aus guckt, mit welchen Maßstäben er die Gesellschaft misst.

Die Bedeutung des express besteht m.E. in dieser Bodenhaftung. Der »Blick in die Gesellschaft« mag deshalb streckenweise nur den Bereich der Wirtschaft umfassen, aber durch jene Bindung an die betriebliche Sphäre und Atmosphäre ist er unersetzlich. Basisinitiativen, soweit es sie gibt, oder neue Formen in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit erfahre ich kontinuierlich nur hier.

Elektronische Medien scheinen mir schon gar keinen Ersatz für diese Beobachtungs- und Ausdrucksarbeit zu bieten. Sie mögen im einfachsten Bereich der Information manche Beschleunigung bieten, doch nichts für die Stabilisierung jenes Blicks und die Verknüpfung tatsächlicher Erfahrungen zu leisten.

Etwas »kultureller«, sozialkultureller könnt's vielleicht sein, da doch auch die Lebensformen (Konsumtionsformen) der Arbeiter expandieren. Ich denke, die Tendenzen der Gesellschaftsdynamik nach dem Umbruch 1989 (er)kennen weder die Oberen noch die Unteren schon; sie werden oben wie unten nur mitgemacht. Weder Gewerkschaften noch mehr oder weniger linke Parteien können bisher artikulieren, wo mehrheitliche Selbstbestimmung wieder real wird. Der wirkliche, heute noch nicht bekannte, weil noch nicht gebildete Durchschnitt der Arbeits- und Lebensformen wird der Ausgangspunkt, die Basislinie neuer Selbstbestimmung sein. Jene Position, die man sich nicht (mehr) nehmen lässt, weil man sie nicht aufgeben kann.

Deshalb ist eine Zeitung, die Tuchfühlung zu den Arbeits- und Lebensformen der Mehrheiten hält, legitim und notwendig. Der lange Atem ist dabei m.E. durchaus spezifisch, jede Wurzel, die vor etwa 1970 zurückreicht, von Eigenwert. Die heutige Zeit, d.h. der heutige Zustand hat damals begonnen und seine innere Grenzen sind der Beobachtung und Analyse wert.

***Klaus Wolfram***

*Klaus Wolfram ist Mitarbeiter des Basisdruck-Verlags in Berlin und vormaliger Autor der Zeitschrift »Sklaven«.*

## Bequem heißt nicht antiquiert

Da ich Eure Zeitung sehr schätze, beantworte ich gerne die Fragen:

1. Ich finde den *express* deshalb wichtig und darüber hinaus konkurrenzlos, weil man vieles über betriebliche Auseinandersetzungen erfährt, wobei gleichzeitig eine gewerkschaftskritische Perspektive eingenommen wird.

2. Schätzenswert finde ich, dass die Zeitung den Zusammenhang von Lohnarbeit, Armut und Arbeitslosigkeit sowie Protesten dagegen immer wieder herstellt.

3. Ich stoße immer wieder auf Beiträge (wie z.B. zum Kongo-Einsatz kürzlich), die wirklich ein Erkenntnisgewinn sind.

4. Für mich sind elektronische Medien keine Alternative, ich brauche Papier in den Händen und einen angenehmen Sitzplatz dazu; möglicherweise bin ich da etwas antiquiert.

5. Was ich mir wünschen würde, wären mehr Möglichkeiten, den *express* käuflich zu erwerben (wenn man kein Abo hat), damit man ihn wenigstens ab und zu in bestimmten Buchläden/Zeitschriftenläden kaufen kann.

Ich hoffe, Ihr könnt mit diesen (knappen) Anmerkungen etwas anfangen. Ich wünsche der Zeitung weiterhin eine gute Hand, herzliche Grüße,

***Christa Sonnenfeld***

*(Komitee für Grundrechte, Redaktion links-netz)*

## Relaunchismus gefordert

Liebe *express*-Redaktion,
mit Interesse habe ich die neue Ausgabe und den Artikel auf Seite 2 gelesen, in dem Ihr zur Kritik und zu Vorschlägen bezüglich der Neugestaltung des *express* aufruft. Wohlan, nun denn, hier sind meine Kritik und Vorschläge zur vor allem Layout-Veränderung:

Der *express* ist, wie wir alle, in die Jahre gekommen. Und so sieht er auch aus! Im Erscheinungsbild sehr konventionell und für jüngere LeserInnen daher wahrscheinlich ziemlich uninteressant. Wenn ich mir das ver.di-Zentralorgan »publik« anschaue, dann finde ich das für die Masse der ver.di-Mitglieder zwar ganz gelungen, aber in meiner eigenen Gewerkschaft, der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten Union, gibt es viel Kritik an der PUBLIK.

Unser eigenes Verbandsorgan, die »M – Menschen machen Meinung« hat vor einiger Zeit auch einen Relaunch gemacht und wird deswegen allenthalben gelobt. Andere Gewerkschaftszeitungen sehe ich selten, weil ich sie nur bekomme, wenn ich im Gewerkschaftshaus bin.

Der *express* müsste ein frisches, neues und zeitgemäßes Layout bekommen. Es ist ziemlich umständlich, den großen Aufmacher über das neue LIDL-Schwarzbuch Europa über mehrere Seiten am unteren Rand zu lesen. Dann vermisse ich Reportagen und vor allem Comics. Die Fotos stehen oft ziemlich quer im Heft und sind meistens Fremdkörper. Es gibt genug FotografInnen, die aktuelle Fotos haben, mit denen sich die Artikel gut illustrieren ließen.

All diese Sachen werden für ver.di-Mitglieder kostenlos in DJU-Seminaren vermittelt und unterrichtet.

Dann würde ich mich gerne mal mit *express*-Lesern aus Hamburg unterhalten. (...)

Es ist gut, dass jetzt von der Redaktion selber dieser Aufruf zur Kritik und Veränderung kommt. Es ist an der Zeit, was am Aussehen des *express* zu verändern, weil es für eine linke Zeitung eine stramme Leistung ist, den 44. Jahrgang herauszugeben. Ich wünsche mir, dass spätestens der 45. Jahrgang anders aussieht. Wie, das sollten die LeserInnen mit der Redaktion diskutieren. Ich helfe mit meinen journalistischen und Vertriebsfähigkeiten gerne dabei mit.

Auf Artikel, die ich vorschlagen könnte, will ich erst einmal nicht eingehen, weil ich es aus Zeitmangel bis auf ein einziges Mal nie geschafft habe, einen Artikel für den *express* zu schreiben. Worüber sich aber aus Hamburger Sicht für den *express* zu schreiben lohnte, das wäre:

1) der neue Kulturverein Be 60 im Hamburger Gewerkschaftshaus

2) die geplante Podiumsdiskussion der Hamburger DJU und von *Reporter ohne Grenzen* zum China-Summit von Hamburger Senat und Handelskammer mit dem Thema »Pressefreiheit und Menschenrechte in China«

3) der 17. Juni-Roman von Erich Loest und eine Würdigung zu seinem 75. Geburtstag

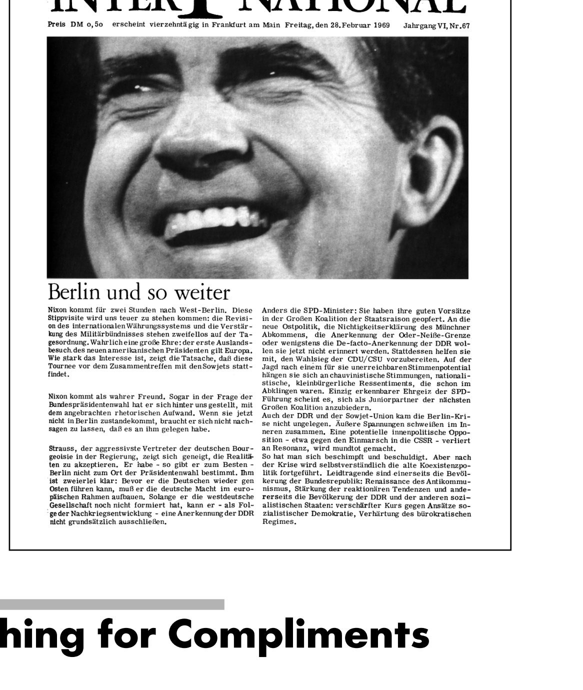
4) ein Artikel zum 50. Jahrestag des Ungarn-Aufstands

Dies sind nur vier Artikel, die mir einfallen. Vielleicht schaffe ich es ja, mindestens zwei davon für den *express* zu schreiben.

Grüße aus Hamburg an einem heißen Juli-Nachmittag

***Michael Rittendorf***

*DJU-Vorsitzender Hamburg, Redaktion mare, Mitglied des Beirats in »umdenken e.V.«, der Landesstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg, Herausgeber des kulturpolitischen Journals »Der fröhliche Marxist. Zum Studium der Quellen, Werke, Schriften von Chico, Groucho, Harpo, Karl und Zeppo Marx«. Im September erscheint ein neues Heft zum Thema »70 Jahre Spanischer Bürgerkrieg«.*



D 8187 E

express INTERNATIONAL

Preis DM 0,50 erscheint vierzehntägig in Frankfurt am Main Freitag, den 28. Februar 1969 Jahrgang VI, Nr. 67

Berlin und so weiter

Nixon kommt für zwei Stunden nach West-Berlin. Diese Stippvisite wird uns teuer zu stehen kommen: die Revision des internationalen Währungssystems und die Verstärkung des Militärbündnisses stehen zweifellos auf der Tagesordnung. Wahrlich eine große Ehre: der erste Auslandsbesuch des neuen amerikanischen Präsidenten gilt Europa. Wie stark das Interesse ist, zeigt die Tatsache, daß diese Tournee vor dem Zusammentreffen mit den Sowjets stattfindet.

Nixon kommt als wahrer Freund. Sogar in der Frage der Bundespräsidentenwahl hat er sich hinter uns gestellt, mit dem angebrachten rhetorischen Aufwand. Wenn sie jetzt nicht in Berlin zustandekommt, braucht er sich nicht nachsagen zu lassen, daß es an ihm gelegen habe.

Strauss, der aggressivste Vertreter der deutschen Bourgeoisie in der Regierung, zeigt sich geneigt, die Realitäten zu akzeptieren. Er habe - so gibt er zum Besten - Berlin nicht zum Ort der Präsidentenwahl bestimmt. Ihm ist zweierlei klar: Bevor er die Deutschen wieder gen Osten führen kann, muß er die deutsche Macht im europäischen Rahmen aufbauen. Solange er die westdeutsche Gesellschaft noch nicht formiert hat, kann er - als Folge der Nachkriegsentwicklung - eine Anerkennung der DDR nicht grundsätzlich ausschließen.

Anders die SPD-Minister: Sie haben ihre guten Vorsätze in der Großen Koalition der Staatsraison geopfert. An die neue Ostpolitik, die Nichtigkeitserklärung des Münchner Abkommens, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze oder wenigstens die De-facto-Anerkennung der DDR wollen sie jetzt nicht erinnert werden. Stattdessen helfen sie mit, den Wahlsieg der CDU/CSU vorzubereiten. Auf der Jagd nach einem für sie unerreichbaren Stimmenpotential hängen sie sich an chauvinistische Stimmungen, nationalistische, kleinbürgerliche Ressentiments, die schon im Abklingen waren. Einzig erkennbarer Ehrgeiz der SPD-Führung scheint es, sich als Juniorpartner der nächsten Großen Koalition anzubiedern.
Auch der DDR und der Sowjet-Union kam die Berlin-Krise nicht ungelegen. Äußere Spannungen schweißen im Inneren zusammen. Eine potentielle innenpolitische Opposition - etwa gegen den Einmarsch in die CSSR - verliert an Resonanz, wird mundtot gemacht.
So hat man sich beschimpft und beschuldigt. Aber nach der Krise wird selbstverständlich die alte Koexistenzpolitik fortgeführt. Leidtragende sind einerseits die Bevölkerung der Bundesrepublik: Renaissance des Antikommunismus, Stärkung der reaktionären Tendenzen und andererseits die Bevölkerung der DDR und der anderen sozialistischen Staaten: verschärfter Kurs gegen Ansätze sozialistischer Demokratie, Verhärtung des bürokratischen Regimes.

## Fishing for Compliments

Liebe *express*-Redaktion. Ihr fragt danach, ob und warum wir, die Leser es wichtig finden, dass es den *express* gibt und worin wir seine besondere Bedeutung sehen. Lasst mich alle drei Fragen auf einmal beantworten, denn ich kann das so gar nicht trennen. Für mich ist der *express* die einzige am Betrieb orientierte Zeitung, die zugleich aber Produktion nicht auf die Betriebsebene reduziert, sondern immer zugleich versucht, Produktion gesamtgesellschaftlich zu diskutieren. Das schlechte Gegenbeispiel zum *express* stellt für mich der dgb-einblick dar, der sich an den vermeintlichen Gewohnheiten eines vermeintlichen BILD-Zeitungslesers zu orientieren versucht und damit »Modernität« demonstrieren will. Der *express* ist dagegen manchmal etwas anstrengend zu lesen, was für mich aber an der Kompliziertheit der Probleme liegt und insofern in den allermeisten Texten auch einsichtig ist. Die Lage ist nun mal kompliziert im Moment, und deshalb gibt es weder einfache Erklärungen oder Erklärungsversuche – und schon gar keine einfachen Lösungen. So verstehe ich das Anliegen des *express,* und das ist der Grund, warum ich ihn gerne lese. Hier findet man nicht »die« politische Linie, die durchgezogen werden soll/muss, sondern hier finde ich Auseinandersetzung mit den Problemen und dem »Material« – ohne dass der *express* insgesamt pluralistisch und damit affirmativ wirkte. Wer will, kann den *express* als Leser, als Schreiber, aber auch als politisch aktiver im Betrieb oder innerhalb einer politischen/sozialen Bewegung als Selbstverständigungsorgan nutzen.

Und gleichzeitig finde ich hier keine Zwangsbornierung auf den deutschen Arbeitsmarkt und die deutschen Gewerkschaften. Es ist immer sehr wohltuend, von Auseinandersetzungen, Problemen und Kämpfen in anderen Ländern zu erfahren, von denen man sonst nur mit sehr viel Recherchemühen und Zeitaufwand etwas wissen könnte. Dass der *express* hier nicht einem abstrakten Internationalismus verpflichtet ist, sondern auch hier bzw. dort versucht, die Beschäftigten und Engagierten nicht bloß als Objekt westlicher Gewerkschaftspolitik und Beglückungsstrategie vorzustellen, sondern jeweils versucht Ausschau zu halten nach den Auseinandersetzungen und Berichten darüber, in denen die Leute selbst als Subjekte agieren, macht ihn für mich besonders lesenswert.

Natürlich können alle diese Ansprüche nicht immer eingelöst werden, aber das ist nicht das Entscheidende, sondern das Ringen darum. Es gibt genug Veröffentlichungsorgane im Gewerkschaftsumfeld, die jeweils – zumindest kommt es bei mir so an – bloß aus einer »Funktionärsperspektive« auf die aktuellen sozialen Probleme schauen. Auch hier hebt sich der *express* wohltuend ab. Wo sonst erfahre ich von den Auseinandersetzungen z.B. bei DaimlerChrysler, von den immer noch existierenden linken Betriebsgrüppchen etc?

Was ich in den letzten Monaten (oder sind es schon Jahre?) sehr interessant fand, waren die Versuche, sich der Realität und dem Begriff der Prekarisierung zu nähern. Mir scheint es sehr plausibel, dass die Probleme der Arbeiterschaft nicht mehr bloß aus der Perspektive des (deutschen) Facharbeiters betrachtet werden können.

Dass man bei einer solchen komplexen Sicht auf die Dinge weder staats- noch nachfragegläubig sein kann und sich mit beidem kritisch auseinandersetzen muss, versteht sich meines Erachtens von selbst. Ist aber im Unterschied zum *express* bei vielen linken Zeitungen noch lange nicht selbstverständlich. Der Linkspartei scheint mir diesbezüglich eher Hemmschuh...

Und noch eins, bevor die Kritik kommt: Was mir fast immer gut gefällt, sind die Bilder. Manchmal kann ich sie mit dem Inhalt der Texte verbinden, manchmal nicht. Und manchmal übermitteln sie noch eine zusätzliche eigenständige Botschaft. Ein Höhepunkt der Bebilderung war für mich die Ausgabe 3/2003, die parallel zum Beginn des Irakkrieges erschien. Dass Ihr hier einfach die ganze Nummer mit Fotos von moslemischen Minaretten aus aller Welt bestückt habt, war ein kleiner, feiner Kommentar zur – immer noch anhaltenden – Islamhysterie, den ich bei aller selbstverständlichen Religionskritik, sehr geschätzt habe.

Was mir fehlt: Ich würde es begrüßen, wenn Ihre es schaffen würdet, mehr eigenständige ökonomische Analysen zu schreiben. Sehr schön war der Artikel über China von Boy Lüthje. Mehr davon! ! Wer, wenn nicht die Schreiber des *express*, wären in der Lage, über Ökonomie nicht ökonomistisch zu berichten? Das Potential könnte weiter ausgeschöpft werden. Außerdem würde es mir gut gefallen, wenn Ihr die Musik/Plattenkritik wieder aufleben lassen würdet. Gute Tipps!! Weiter so.

***Ralf Kliche***

*Ralf Kliche ist Ex-IT-Berater und Lehrer.*

## express heute und morgen – Wünsche und Begehren!

Eure Idee, zu Beginn von Herbst und Winter, also zu Anfang der Rentrée, wie die Franzosen sagen, wenn alle wieder gut erholt aus den Ferien kommen und sich gedanklich und praktisch wieder vorbereiten auf den Alltag und seine anstehenden Konflikte, eine kleine Untersuchung zu starten, finde ich gut. Das sollte vielleicht sogar schon mal ein kleiner Teil werden von Veränderungen: mehr Stimmen für kritische Kommentare einfordern zu Artikeln im *express*.

***Zum express selber:***

Was ich einfach gut finde an der Zeitung: Der *express* versucht immer, heranzukommen an die Umbrüche in der gesellschaftli-

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Erklärung des SB und der *links*-Redaktion zum Ende der *links*
Einladung zur *express*-Planungskonferenz
(Seite 2)

*express* · D-63020 Offenbach · PF 102063 · 069/885006 · Fax 069/821116

Nr. 2, Februar 1997, 35. Jahrgang, Preis W: DM 6,50 / O: DM 4,50

Lohn fort! Zahlung?

Die Tarifabschlüsse 1996/97 waren vom Kampf um den Erhalt der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall geprägt. Um es vorwegzunehmen: Es muß schon als Erfolg angesehen werden, daß für über 50 Wirtschaftszweige die Sicherung der tariflichen Entgeltfortzahlung erreicht werden konnte. Dies um so mehr, als der Kampf der Unternehmer gegen Kranke und Leistungsschwache einen zentralen Bestandteil beim Business Reengineering im Rahmen der schlanken Produktion darstellt. Mit ihrem Manteltarifvertrag von Anfang Februar konnte jetzt auch die IG Medien den Erhalt der 100 Prozent verkünden. Geklärt werden muß jedoch die Frage, welcher Preis den Unternehmen als Kompensation zugestanden werden mußte, um zu prüfen, wie gut die unterschiedlichen Tarifabschlüsse tatsächlich sind. Denn wenn auch die Unternehmer an dieser Stelle, dem Abbau von Sozialstandards, scheiterten, so lassen sie nichts unversucht, um entgangene Kostensenkungen an anderer Stelle zu realisieren.

Erinnern wir uns an die unsägliche Kanzlerrunde im Januar 1996 (die, wenn es nach der IG Bergbau-Chemie-Energie ginge, schon bald ihre Fortsetzung fände), in der die Gewerkschaften fahrlässig-naiv oder mutwillig-dumm unterschrieben, sich an der Suche nach Möglichkeiten zur Verringerung von Fehlzeiten in den Betrieben zu beteiligen. Monate später wunderten sie sich dann über die Ausgestaltung der Kanzlerrunde durch das Sparpaket, in dem die Kürzung der Entgeltfortzahlung gesetzlich festgeschrieben wurde. In Opposition zu Regierung und Unternehmern getrieben unterstützte nun die IG Metall die Proteste bei Daimler-Benz und erreichte in den nachfolgenden Tarifauseinandersetzungen die Beibehaltung der Lohnfortzahlung, wenn auch gegen kompensatorische Zugeständnisse. Zum einen fällt die Mehrarbeit aus der Berechnungsgrundlage für das Weihnachtsgeld heraus, zum anderen wird dessen Höhe an die betriebliche Krankenstandsquote geknüpft. Damit wird über die Hintertür der asoziale Charakter der neuen Gesetzeslage wieder eingeführt: Mitarbeiter können per Krankheit das Weihnachtsgeld drücken und sich entsprechenden Ärger von den KollegInnen abholen.

Unter den nachfolgenden Tarifabschlüssen finden sich solche, und das ist lobenswert, in denen die Zugeständnisse von allen Beschäftigten des Tarifbereichs getragen und nicht auf die betroffenen Kranken abgewälzt werden. Ausnahmen davon sind Regelungen in der Kautschuk- und in der Bekleidungsindustrie, wo Krankentage mit Urlaubstagen verrechnet werden.

Der Abschluß des Manteltarifvertrages in der Druckindustrie ist als solcher schon ein kleiner Erfolg, denn nirgendwo sonst erklärten die Unternehmer so vehement, ihn aufkündigen zu wollen. Wie in anderen Branchen auch wurde die 100%-Entgeltfortzahlung mit einer 5%igen Kürzung des Weihnachtsgeldes bezahlt. Die Löhne steigen mäßig, aber immerhin stetig. Der Weg zu mehr oder weniger flexibel gestalteter Samstagsarbeit allerdings ist wahrscheinlicher geworden – auch wenn die üblichen Vetorechte für Betriebsrat und Beschäftigte gegeben sind. Im Dickicht der betrieblichen Sachzwänge werden sich diese jedoch nolens volens verflüchtigen. Problematisch auch ist das Zugeständnis von Öffnungsklauseln. Zwar können Betriebsvereinbarungen über abweichende Maschinenbesetzungszeiten nur dann abgeschlossen werden, wenn „überflüssigen" Beschäftigten „nicht betriebsbedingt gekündigt wird, doch ob und inwieweit sich der Anspruch auf eine gleichwertige Weiterbeschäftigung tatsächlich umsetzen läßt, muß zweifelhaft bleiben. Noch gravierender ist die sogenannte Härtefallklausel, die es Betrieben mit bis zu 35 Beschäftigten erlaubt, bei Vorliegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten die Jahresleistung auf bis zu 60 Prozent zu senken – dies allerdings nur einmal innerhalb von vier Jahren und mit der Einschränkung, daß betriebsbedingte Kündigungen im Folgejahr ausgeschlossen sind.

Dabei tragen die Unternehmer nicht einmal die Beweislast, ob ihr Unternehmen tatsächlich so prekär dasteht, daß die Senkung der Jahresprämie zur Sanierung beiträgt. Eine Überprüfung von außen oder durch den Betriebsrat fällt naturgemäß sehr schwer und enthält einen großen Interpretationsspielraum.

Selbst wenn die Randbedingungen einer solchen Klausel für einige Beschäftigte als noch hinnehmbar erscheinen, so sind Parallelen zu den Härtefallregelungen in Ostdeutschland unabweisbar. Die Unterscheidung in normale und gefährdete Unternehmen ist die Einführung der Verbetrieblichung der Tarifverhandlungen durch die Hintertür. Ist erst einmal ein solches „Notstandsgebiet", ob Region oder Betrieb, ausgemacht, können Regelungen etabliert werden, die als Testlauf für den regulären Bereich dienen und die Ausgangslage der Gewerkschaften im Tarifpoker erheblich verschlechtern. Dies ist, Lohn hin, Lohnfortzahlung her, der latente Konflikt, der in den künftigen Tarifauseinandersetzungen an Schärfe und Raum gewinnen wird: ob es den Gewerkschaften überhaupt noch möglich ist, Flächentarifverträge abzuschließen, um selbst in kompromißlicher Absicht wenigstens solidarisch abgefederte Zugeständnisse herauszuholen, oder ob es den Unternehmern gelingt, immer mehr Unternehmen aus dem tarifvertraglichen Geltungsbereich herauszulösen, um diese in Einzelverhandlungen kleinzukochen.

In dieser Ausgabe


**Redaktionsinterna**
*express-Redaktion*
Allzweckwaffe Arbeitszeitverkürzung? Einladung zur Diskussionsveranstaltung und Planungskonferenz des *express* 2
Es gibt ein Leben nach der links 2
*links-Redaktion*
Erklärung zum Ende der *links* 2
**Betriebsspiegel**
mit Berichten aus Karmann Rheine, Hoechst AG und Mercedes-Benz AG/EVO-Bus, Mannheim, *K.H.* 3
**Bildung**
*Joke Frerichs*
Soziale Kompetenz zwischen Klassenkampf und Kooperation
16 Thesen zur Bildungsarbeit mit Betriebsräten 4
**Betriebliche Politik**
*Anne Allex / Hinrich Garms*
Gibt es ein spezifisches Co-Management ostdeutscher Betriebsräte? Inhaltliches Konzept einer Untersuchung 6
**Debatte**
*Bernd Gehrke*
Martin Janders Abwicklung der DDR-Opposition
Zur Rolle der IUG in der Wendezeit (Teil V) 8
**Sozialpolitik**
*Gisela Notz*
Was Frauen arm macht oder: einige immer noch aktuelle Anachronismen 11
**Weißrußland**
*Reisebericht*
Hinter der normalen Fassade die Katastrophe –
Zur Situation der Gewerkschaften in Belarus 13
**Gewerkschaftsspiegel**
Altbekanntes und Aktuelles aus der Gewerkschaftspresse 16


Redaktionsschluß der März-Ausgabe: 10. März 1997

chen Landschaft, an die Veränderungen der Arbeitswelt und ihre Rückwirkungen auf die bestehenden Organisationen, und ist vor allem angenehm offen und nicht voreingenommen gegen die unterschiedlichsten Versuche und Ansätze neuer Formen von Organisation wie zum Beispiel den Versuch, workers center aufzubauen. Der Bericht über die workers center-Versammlung in Frankfurt war für mich ein kleines Highlight von Wiedergabe der Lebendigkeit einer Veranstaltung für den nicht anwesenden Leser.

Solche Berichte direkt aus dem Innern der Versuche, neue gesellschaftliche Zusammenhänge aufzubauen oder auch bestehende Zusammenhänge – wie zum Beispiel die Auto-Koordination – zu dynamisieren, sind für mich ein ganz wichtiger Teil des Nutzens der Zeitung. Dabei formuliere ich auch gleichzeitig eine eigene Kritik, viel zu wenig selbst zu berichten von Veranstaltungen, Diskussionen, aber auch Streikerfahrungen wie zum Beispiel aus den Krankenhäusern. Diese kritische Lebendigkeit gehört dazu.

Der *express* sollte auch mehr Raum geben für gewerkschaftsstrategische Diskussionen in Verbindung auch mit einem Teil der Gewerkschaftslinken, die sich eher wiederfindet in der Zeitschrift *Sozialismus* und ihrem Verständnis von Politikwechsel. Solche Debatten sollten gerade so geführt werden, dass man sich nicht gegenseitig niedermacht, sondern die Unterschiede in der strategischen wie auch alltäglichen Orientierung für LeserInnen und damit auch innerhalb der Bewegungen und des alltäglichen Engagements klarer werden. Ich denke, das ist eine sehr wichtige Sache für die Zukunft, ein wenig mehr zu verstehen von den inneren Auseinandersetzungen innerhalb der gewerkschaftlichen und sozialen Bewegungen besonders in Europa. Ein Beispiel für das Aufkeimen einer solchen orientierenden Diskussion war der Artikel von Stefanie Hürtgen über gewerkschaftliche Positionen zur Globalisierung in Deutschland und Frankreich. Er löste eine eher ungewöhnliche Gegenrede von Richard Detje in der Zeitschrift *Sozialismus* aus. Aber genau solche Ansätze kontinuierlicher zu verfolgen und auch einzufordern, ist ein wichtiger Baustein einer Redaktionspraxis als kleiner Teil von aufzubauenden emanzipativen Zusammenhängen.

Selbst initiativ werden, wenn personell möglich, um Veranstaltungen und andere öffentliche Debatten zu führen wie die geplante Tagung im November 2006 (»Konzessionen und kein Ende«, *Anm. d. Red.*) mit Organisationen, die zum Umfeld des *express* gehören, oder auch jetzt in Zusammenhang mit den Bewegungen im Gesundheitswesen. Gerade in solchen Konflikten, wo konkurrierende Gewerkschaften in einer Bewegung wirken, könnte der *express* eine ganz wichtige Funktion übernehmen.

So, als letzten Punkt: mehr Platz und noch mehr Wahrnehmung vor allem dem kulturellen Schaffen der verschiedensten Gruppen widmen – ich denke dabei an Initiativen wie das Film-Festival »globale 06«, an die Auseinandersetzung mit Filmen wie »des Wahnsinns letzter Schrei« und auch die zunehmende Zahl historischer Romane über die Zeit nach '68. Hier ist ein Feld, das meiner Wahrnehmung nach recht munter ist, aber zu wenig sichtbar wird im *express*.

Vielleicht sollte der *express* als nächster Schritt nach den Befragungen mal wirklich zu einer erweiterten Redaktionskonferenz einladen, wo jede/r kommen kann, ob organisiert oder bewusst nicht organisiert, wo sich die Ungehorsamen aus den verschiedensten Bereichen und Generationen mal treffen.

In diesem Sinne: une grande bise

***Willi Hajek***

*Willi Hajek ist Mitarbeiter des Bildungsnetzwerks SOFA (Soziale Fantasie und Bewegung) und betreut für das TIE-Bildungswerk e.V. u.a. Projekte in Frankreich und in Afrika.*

# Export-Schlager

## Achim Neumann* über die Lidl-Kampagne auf dem »Europäischen Sozial Forum«

**Vom 4.–7. Mai 2006 fand in Athen das diesjährige Europäische Sozialforum statt. Achim Neumann vom Berliner ver.di-Fachbereich Handel stellte dort die Lidl-Kampagne vor und berichtet hier über seine Eindrücke.**

Vorab: Einen ebenso prägenden wie positiven Eindruck hinterließ die klare antimilitaristische Orientierung des diesjährigen ESF, die ihren Höhepunkt in einer großen Friedensmanifestation mit rund 50 000 TeilnehmerInnen (lt. Veranstalterangaben) in der Athener Innenstadt fand. Und: die Athener Nächte waren Anfang Mai saukalt.

Mit rund 10 000 zahlenden TeilnehmerInnen blieb die Beteiligung am ESF hinter den optimistischeren Erwartungen der griechischen Gastgeber zurück. Die antineoliberale Stoßrichtung präsentierte sich in vielfältigen Formen u.a. in konkreten kampagnenorientierten Veranstaltungen wie der von ver.di getragenen Lidl-Kampagne, den Initiativen gegen Coca Cola und Nestlé bzw. der Kampagne um »Clean Clothes«.

Bei den *gewerkschaftsorganisierten* Seminaren mit ihren Schwerpunkten zu Themen wie Arbeitsbedingungen, Sozialstaat, Deregulierung und Privatisierung dominierte der gewerkschaftliche Reformismus. Deutlich war auch, dass GewerkschafterInnen auf dem Forum im großen und ganzen unter sich blieben. Sie bewegten sich ein wenig isoliert und damit im deutlichen Kontrast zur Optik des ESF, die von diversen K-Gruppen dominiert wurde.

Positiv fiel auf, dass die europäischen Gewerkschaften sich diesmal augenscheinlich stärker engagiert haben. Das betraf nicht nur die griechischen und türkischen Gewerkschaften, die aufgrund der geografischen Lage präsenter waren, sondern auch belgische, französische, italienische und andere Gewerkschaften. Die IG Metall war mit zwei offiziellen Delegationen vertreten, während die »große und kraftvolle« ver.di sich allein auf vier Protagonisten stützen sollte, die auch noch völlig unabhängig voneinander agierten: Aus der Abteilung soziale Sicherungssysteme der Bundesverwaltung kam eine Kollegin, und aus der Abteilung Handel waren drei VertreterInnen der Lidl-Kampagne dabei.

Ob auf der europäischen Ebene die Bewegungen näher zueinander gefunden haben, ist fraglich. Neue Kontakte konnten geknüpft und alte erneuert werden. Dies wird auf der bilateralen Ebene sicher auch zu Ergebnissen führen. Inwieweit es jedoch Dynamik in Bewegungen bringt, bleibt abzuwarten. Denn mit welcher politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen oder gar revolutionären Stoßrichtung sich die Bewegungen europaweit bewegen, ist unklar. Wie konkret, wie effizient und effektiv die Wirkung dieser Bewegungen im Hinblick auf eine kapitalismuskritische Position zu und in Europa bei den interessierten und betroffenen Menschen in den einzelnen Ländern, in den Regionen und Städten verankert und unterfüttert werden kann und soll, kann sich wohl nicht darin erschöpfen zu sagen: Tschüss bis zum nächsten ESF.

»Nachhaltigkeit« erfährt dieser ja doch durchaus gewünschte Prozess, wenn er in den Niederungen der sozialen, politischen, kulturellen Auseinandersetzungen lebt und praktiziert wird. Ergänzung, Ausgangspunkt und Ziel zugleich sind die Länder, Regionen und Städte als Orte der inhaltlichen Diskussion und auch der Selbstfindung. Auch und besonders in den Gewerkschaften.

### Lidl-Kampagne goes ESF

Eher überraschend, da eine Veranstaltung auf dem ESF nicht aktiv geplant war, bot sich für uns von der ver.di-Lidl-Kampagne die Gelegenheit, auf dem ESF in Athen einem möglicherweise interessierten, vermutlich jugendlichen, ganz sicher globalisierungskritischen und oft auch irgendeiner parteilichen Gruppierung zugehörigen Teilnehmerkreis unser zwar sozial bewegtes, nichtsdestoweniger deutlich gewerkschaftliches Anliegen näher zu bringen.

Das gleichzeitige Engagement von zwei der drei Lidl-Aktiven in der Programmkommission – Juri von der IG Metall und Kostas von ver.di-Darmstadt – brachte die Gewissheit und die logistische Unterstützung, dass unsere Veranstaltung im offiziellen Programm als »workshop« ausgewiesen war. Dank der Mithilfe von Heike, einer in Athen lebenden Journalistin und Mitautorin des »Schwarzbuch Lidl Europa«, war es möglich, dass der Präsident der griechischen Handelsgewerkschaft OIYE (Thános Vasilópoulos) und der Vertreter der Gewerkschaft ver.di Handel (Achim Neumann) dem workshop gemeinsam Anfangsimpulse geben konnten.

Die zwei Schwerpunkte des vierstündigen workshops waren zum einen die jeweilige Situation des griechischen und deutschen Einzelhandels im Rahmen eines europäisierten Handels und zum anderen die Lidl-Kampagne allgemein und die Vorstellung des »Schwarzbuch Lidl Europa«.

Der workshop war mit rund 40 TeilnehmerInnen gut besucht. Neben Einzelteilnehmern aus z.B. Italien und der Türkei waren gewerkschaftliche Gruppen von Teilnehmern aus Deutschland und Belgien dominierend. Für die griechischen Gewerkschafter dagegen scheint bislang weniger Lidl, sondern die *Carrefour-Kette* das zentrale Problem zu sein. Ergänzt und bereichert wurde die Veranstaltung durch die aktive Teilnahme zweier Co-Autoren des Europa-Schwarzbuchs Lidl, die Kollegen Claudius Valley aus Frankreich und Henning Süssner aus Schweden.

Die sich an die Statements und Vorträge anschließende Diskussion befasste sich vor allem mit der von anderen in ihren Ländern noch nicht so wahrgenommenen Dimension des »Systems Lidl«. Sowohl die Methoden des »Organizing« und des »Campaigning« als auch traditionell gewerkschaftliche, an sozial Bewegungen oder der Zivilgesellschaft orientierte Ansätze waren Gegenstand der Diskussion.

Am Beispiel der »Clean Clothes«-Kampagne machten die belgischen Kollegen deutlich, dass bei transnational agierenden Unternehmen eben auch international vernetzte, soziale und antineoliberale Aktivitäten einen Aktivitätsschub und eine Sensibilisierung auch für bislang nur national kämpfende Beschäftigte auszulösen vermögen. Sie erfahren so, dass ihr Widerstand in den lokalen Betriebsstätten Teil eines internationalen Kampfes für soziale Rechte, Menschenrechte und Gewerkschaftsrechte ist.

Der Beitrag aus Schweden, der aber für ganz Skandinavien und das dortige Sozialsystem stehen dürfte, machte dagegen auch deutlich, dass Gewerkschaften im festen Glauben an das Funktionieren ihres sozialen Vertrags-Systems – nach dem Motto: Hauptsache, die Papierlage stimmt! Bei unserem hohen Organisationsgrad können wir nicht betriebsblind sein – oft eben auch eine Wahrnehmung von sozialen Konflikten in den Betrieben zur Folge hat, die mit der Realität, z.B. in Lidl-Betrieben, eher wenig zu tun hat. Nachzulesen ist dies auch im »Lidl Schwarzbuch Europa«.

Überraschend für uns war, dass sogar Menschen aus der Türkei, wo bislang noch kein einziger Lidl-Laden existiert, von den menschenverachtenden Praktiken bei Lidl wussten und sich interessiert erkundigten.

Die Diskussionsbeiträge machten deutlich, dass das, was Lidl mit den Beschäftigten macht, ohne Zweifel eine Sauerei ist. Aber eben auch, dass die Gewerkschaft etwas tut für die Leute. Dass Gewerkschafter, bürgerrechtsbewegte und globalisierungskritische Menschen aus ganz Europa dies ähnlich sehen, erfuhren wir auch durch die Besuche und Diskussionen an unserem Info-Stand auf dem ESF. Allein die neuen Kontakte – z.B. zur Dienstleistungsgewerkschaft in Finnland, nach Norwegen, Spanien, Italien –, die wir in Athen knüpfen konnten, machten die Teilnahme am Europäischen Sozial Forum schon zu einem Erfolg. Ohne das ESF wäre es auch sicher nicht zu einer Anfrage, bei regionalen Sozialforen mitzumachen, zur Einladung, vor der Fraktion der Linken im Europaparlament zu sprechen und damit zu Möglichkeiten, unser Lidl-Thema unter mehr Menschen zu bringen, gekommen.

### Kenntnisse aneignen: Die europäische Dimension

Gewachsen ist auf dem ESF die Erkenntnis: Ein international agierender sozialer Konzern muss und kann eben auch international sozial bekämpft werden. Klar wurde aber auch, dass die auf dem ESF vorgebrachte Idee einer europäischen Kampagne gegen Lidl einen noch längeren Atem als die in Deutschland braucht – und dass sie auf europäischer Ebene

um die Themen Prekarisierung und Niedriglohn ergänzt werden muss. Wir brauchen also sowohl mehr und konkretere Kenntnisse über die Arbeitsbedingungen in anderen europäischen Ländern, als auch politische Kenntnisse über die wirtschaftlichen Zusammenhänge, das Funktionieren und die verheerenden sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Folgewirkungen solcher national, europäisch und global agierender Konzerne.

Hier sind die nationalen Parlamente und insbesondere das Europaparlament aufgefor-

# Abschluss für Anschluss?

## Langzeitkonten und Entgeltvariabilisierung – Tendenzen der Tarifpolitik

**Andere schreiben über Fußball, die Weltmeisterschaft, den entspannten Nationalismus usw. Wir fragen: Wie geht es eigentlich den Sportplatzbauern? – und eröffnen hiermit eine neue Reihe zur Dokumentation von Tarifabschlüssen in verschiedenen Branchen, die monatlich vom WSI zusammengefasst, aber in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen werden. Auch in Zukunft wollen wir versuchen, unsere Leser diesbezüglich auf dem Laufenden zu halten.**

***Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau***

Der lang andauernde Tarifkonflikt im *Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau* konnte mit einem Abschluss zur Einkommenserhöhung und zur Flexibilisierung der Arbeitszeit am 5. Juli 2006 beendet werden. Nachdem die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 31. März 2003 gekündigt wurden, ist mit Wirkung ab 1. August 2006 eine Einkommenserhöhung von 2,7 Prozent mit einer Laufzeit bis 31. Juli 2007 vereinbart worden. Ab April 2007 können in den Betrieben Arbeitszeitkonten eingerichtet werden, die einmal jährlich auszugleichen und gegen Insolvenz zu schützen sind. Der Lohn ist auf der Grundlage einer festen monatlichen Stundenzahl zu berechnen. Weitere Vereinbarungen sind in den jeweiligen Betrieben zu treffen. Im Bundesgebiet Ost wird die Arbeitszeit von 41 Stunden/Woche schrittweise bis 2010 an die in den alten Bundesländern übliche Wochenarbeitszeit von 39 Stunden angeglichen.

***Investitionsgütergewerbe***

Für die rund 3 800 Beschäftigten der *Auto 5000 GmbH* haben sich IG Metall und Arbeitgeber am 29. Juni auf eine Pauschale von insgesamt 310 Euro für die Monate April bis Juni sowie eine Erhöhung um 3,0 Prozent ab 1. Juli geeinigt. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis 30. April 2007. Darüber hinaus verständigten sich die Tarifparteien u.a. auf Zahlung eines Rentenbausteins von 27 Euro/Monat, eine Ausweitung der Bandbreite der Arbeitszeitkonten auf bis zu +/- 400 Stunden sowie eine Neugestaltung des Bonussystems.

Der monatelange Tarifkonflikt für das Kfz-Gewerbe in Brandenburg und Sachsen ist beigelegt. IG Metall und Arbeitgeber einigten sich am 8. Mai u.a. auf eine Erhöhung von 2,5 Prozent ab 1. Juli 2006. Die Beschäftigten erhalten im Juni 2006 eine Pauschale von 350 Euro und im Februar 2007 eine zusätzliche Einmalzahlung von 200 Euro. Des Weiteren verständigten sich die Tarifparteien auf Eckpunkte zur Erarbeitung eines gemeinsamen Tarifwerkes für das Kfz-Gewerbe Brandenburg und Sachsen bis zum 31. Dezember 2006.

***Verkehr und Nachrichtenübermittlung***

Im Streit um die durch ver.di im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um den Personalabbau erfolgte Kündigung des Arbeitszeitkonten-Tarifvertrages für die Beschäftigten der *Deutschen Telekom AG* wurde in einem Arbeitsgerichtsverfahren ein Vergleich geschlossen:

Der Tarifvertrag besteht ungekündigt fort, die Tarifvertragsparteien nehmen im dritten Quartal 2006 Verhandlungen zu beschäftigungssichernden Langzeitkonten auf. Parallel zur Tarifrunde 2006 haben die Tarifvertragsparteien als Ergebnis gesonderter Verhandlungen eine Regelung ausschließlich für ver.di-Mitglieder bei der *Deutschen Telekom* AG vereinbart. Sie sieht vor, dass 9,3 Millionen Euro von der Telekom einem Fonds zugeführt werden, der durch einen vom ver.di-Fachbereich zu gründenden gemeinnützigen Verein verwaltet wird. Mit der Gründung des Vereins wird detailliert festgelegt, wie die Mittel den ver.di-Mitgliedern zugänglich gemacht werden.

***Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe***

Nachdem auch die zweite Verhandlungsrunde am 12. Juni für die Beschäftigten der *privaten und öffentlichen Banken* ergebnislos blieb, konnte ver.di in der dritten Verhandlungsrunde am 21./22. Juni einen Tarifabschluss erreichen. Die Entgelte werden ab September um 3,0 Prozent und ab Dezember 2007 um weitere

dert, sich auseinanderzusetzen und die Rahmenbedingungen zum sozialen und wirtschaftlichen Schutz der europäischen Bevölkerung als ernste und dringende Aufgabe zu begreifen. Die Mindestforderung in Europa muss heißen: Her mit einer Sozialcharta, die unsere Handschrift trägt und, anders als der Verfassungsentwurf, auch europaweit diskutiert wird.

Das bedeutet für die europäischen Gewerkschaften, dass sich nicht nur auf der Ebene des institutionalisierten gewerkschaftlichen Internationalismus (EGB), sondern insbesondere auf der Arbeitsebene Gewerkschaften, Fachgruppen und Betriebsräte vernetzen, Kontakte und Austausch pflegen müssen, um dann mittels Skandalisierung, Aufklärung und Authentizität Vertrauen bei den Beschäftigten von Lidl, Aldi, Carrefour, Tesco usw. in Europa zu schaffen und so mehr Nachhaltigkeit und Stabilität in die von uns betrieblich und gesellschaftspolitisch gewollten Strukturen zu bekommen.

Zusammen mit anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen können sie so soziale Kraft und gesellschaftliche Durchsetzungsfähigkeit aufbauen, ihre sozialen und kulturellen Forderungen artikulieren und zu europäischen und globalen Forderungen machen. Ihr gemeinsames Motto könnte sein: Gewerkschaftsrechte sind Menschenrechte.

## Lidl-Kampagne als Mobilisierungsfaktor?

Für die europäische Dimension des Kampfes gegen die menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Praktiken des Lidls-Konzerns ist es hilfreich, das hatten wir in Athen deutlich zu machen versucht, sich erfolgreiche Bestandteile der deutschen Lidl-Kampagne ins Gedächtnis zu rufen:

*Das »Lidl-Schwarzbuch«* skandalisiert und dokumentiert die Arbeitsbedingungen bei dem Discounter. Der Erfolg dieses Buches auch bei Menschen, die die Gewerkschaft sonst nur schwer erreicht, zeigt auf, dass es einen gesellschaftlichen Informationsbedarf an solchen Arbeits- und damit auch Lebensbedingungen gibt.

*Über das Internet* wurde ein Lidl-Blog geschaltet, eine Form der unzensierten, spontanen Meinungsbildung von Betroffenen. Tausende Beschäftigte berichteten hier von ihren alltäglichen Erfahrungen mit Lidl und anderen Discountern.

*Über Infoveranstaltungen* erreichte die Gewerkschaft ver.di intern unzählige Bündnispartner in all ihren Gliederungen und Fachbereichen. Auch extern erreichte sie Tausende von Menschen, die sonst außerhalb ihres Spektrums liegen. Angefordert wurden und werden die ver.di-Aktivisten von Kirchengemeinden über Bildungseinrichtungen bis hin zu Stadtteilzentren, Buchläden und selbst Kreisverbänden der CDU.

*An Aktionstagen und -wochen* wurden mit Hilfe von Bündnispartnern wie den Arbeitnehmerorganisationen der beider großen Kirchen, aber auch attac (attac hat begleitend eine eigene »Parallelkampagne« gestartet) viele Beschäftigte und eine breite Öffentlichkeit erreicht.

Diese Elemente könnten auch konstituierend sein für die Ausweitung der Lidl-Kampagne auf die europäische Ebene.

Beispielhaft führte der ver.di-Vertreter den 8. März 2006 an, den Internationalen Frauentag, der von der ver.di Lidl-Kampagne als »Europäischer Aktionstag« angelegt war. Grenzüberschreitend wurde an vielen Orten in Deutschland und z.B. in Frankreich, in Polen, in Tschechien usw. der Protest gegen die menschenverachtende und demokratiefeindliche Haltung der europaweit agierenden Discounter am Beispiel des Schwarz-Konzerns auf die Straße gebracht.

Die Aktionsorientierung als »Social Movement Unionism« – also Gewerkschaften gemeinsam mit NGOs, mit Kirchen, Politikern und sozial engagierten Gruppen und Menschen – kontert und ergänzt insoweit die nicht sehr deutlich ausgeprägte internationale Koordination der europäischen Gewerkschaftsbewegung.

Darüber hinaus befördert die Kampagne neue Sichtweisen von Gewerkschaften in Ländern mit anderen Konfliktlösungsmechanismen, wie z.B. in Skandinavien. Gewerkschaftsoffizielle entwickeln zunehmend eine kritischere Sichtweise auf die tatsächlichen Arbeitsbedingungen, hinterfragen öfter und nehmen mehr Einfluss auf die betrieblichen Organe. Die Kampagne schafft aber auch die Möglichkeit, Hintergründe der Sichtweise anderer europäischer Gewerkschaften zu verstehen, und sie verändert den Blick auf die jeweils Anderen und ihre Konfliktlösungsstrategien und -mechanismen

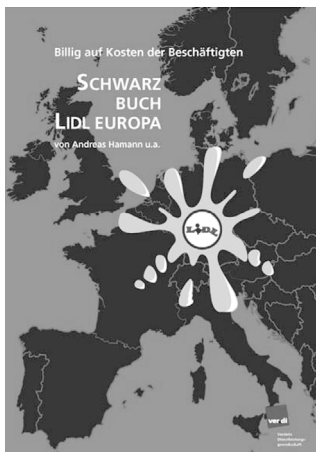
Allein die Veröffentlichung und die Aktivitäten rund um die Schweinereien von Lidl in Deutschland haben europaweit bewirkt, dass Beschäftigten in anderen Ländern von den Aktivitäten der Lidl-Kampagne in Deutsch land profitieren. Dort hat sich Lidl, in Deutschland unter Druck, viel kritische Aufmerksamkeit eingehandelt, die dazu geführt hat, dass sich der Konzern z.B. in Skandinavien mit seinen Praktiken eher zurückhält und zumindest die »Papierlage« versucht einzuhalten.

## Schwarzbuch gegen Schwarzkonzern

Der nächste Schritt nach umfangreichen Recherchen in fast allen europäischen Ländern war die Veröffentlichung des »Schwarzbuch Lidl Europa«.

### Schwarz Buch Lidl Europa

von Andreas Hamann und anderen
mit ausführlichen Berichten über Arbeitsbedingungen und Expansion des Schwarz Konzerns aus 20 europäischen Ländern
Schwarz Buch Lidl Europa,
Broschüre, Berlin 2006, 140 Seiten
ver.di GmbH Medien Buchhandel Verlag,
Paula-Thiede-Ufer 10, D–10179 Berlin




**ver.di Bundesverwaltung**
**Lidl Kampagne**
**Manuela Brömert**
**Paula-Thiede-Ufer 10**
**10179 Berlin – Germany**
**Fax: +49 (030) 6956-3872**
**Email: manuela.broemert@verdi.de**

3-932349-21-0, Europa Schwarz Buch Lidl, ca. 140 Seiten, 9,90 Euro/Stück
3-932349-22-9, Black Book Lidl Europe (englisch), 14,90 Euro/Stück
Preise inkl. MwSt. zzgl. Porto- und Versandkosten

Wo schon das sich auf Deutschland beziehende »Schwarzbuch Lidl« investigativ das System Lidl angegriffen hatte, wendet sich das »Schwarzbuch Lidl Europa« nunmehr der europäischen Dimension dieses Vorreiters für neoliberales Wirtschaften im europäischen Einzelhandel, also der Deregulierung der Arbeitsbeziehungen, zu. Nicht ganz überraschend, aber in einigen Ländern doch so nicht erwartet, deckt es am Beispiel Lidl den *systematischen Charakter* der Lidlisierung, der Aldisierung, der Carrefourisierung usw. auf.

Das neue Lidl-Schwarzbuch ist nicht nur eine spannende, aufklärerische Lektüre über ein Europa des Kapitals, sondern berichtet auch über unheilige Allianzen zwischen Kapital und Politik, die es in sich haben.

## »Das hat System« – Prekarisierung

Nicht nur auf dem ESF in Athen, sondern überall dort, wo Menschen in Europa um Arbeits- und Lebensbedingungen bei Discountern diskutieren, stellen sie fest:

Prekäre Niedriglohnjobs greifen zunehmend um sich. »Arm trotz Arbeit« wird im Europa des Kapitals zur Normalität. Insbesondere Frauen, Migranten und Menschen in strukturschwachen Gebieten (z.B. Ostdeutschland) sind betroffen. Im Einzelhandel, einer typischen Frauenbranche, heißt das immer auch, dass der Begriff der Altersarmut ein Gesicht bekommt, und dieses Gesicht ist im europäischen Handel fast immer weiblich.

Zugleich sehen sich die Gewerkschaften in diesem ohnehin schwierig zu organisierenden Sektor der Arbeitswelt mit aggressiven, antigewerkschaftlichen Unternehmenspolitiken konfrontiert.

Diese Prozesse zu verdeutlichen, den Widerstand dagegen zu organisieren, auch zu systematisieren, hat Vorbildcharakter. Denn das Systematische an der Lidlisierung der Beschäftigungsverhältnisse bedroht große Teile der Lohnabhängigen.

Wenn Millionen Menschen als Working Poor auf besondere Weise zum Objekt kapitalistischer Ausbeutung werden, dann muss dies ein Kernthema einer sich als sozial verstehenden Politik sein – außerhalb und innerhalb der Gewerkschaften, außerhalb und innerhalb der Parlamente.

Die Mindestlohnkampagne von ver.di und NGG bzw. – seit dem letzten Kongress am 24. Mai 2006 – auch des DGB sowie der Linkspartei/Wahlalternative lässt hoffen, dass dies nicht nur bei ver.di/NGG/DGB wahrgenommen, sondern von breiten Bevölkerungskreisen als Problem auch ihrer sozialen Grundlagen gesehen wird.

Wir brauchen dringend eine aktive europäische bzw. internationale Vernetzung der nationalen Arbeiterbewegungen. Dies schließt alle gewerkschaftlichen Ebenen, vom Vorstand bis zum Aktivisten im Betrieb, mit ein. Wir haben Themen, die europaweit von Bedeutung sind und die aus einem gemeinsamen Interesse heraus auch gemeinsam bearbeitet werden können. Wir sehen in den Themen »Zunahme prekärer Niedriglohnbeschäftigung« und »antigewerkschaftliche Unternehmenspolitiken« einen solchen gemeinsamen Nenner. Lidl, und damit der Schwarz-Konzern, ist ein Konzern, der europaweit anzutreffen ist und damit auch seine aggressive gewerkschafts- und Beschäftigtenfeindliche Politik exportiert.

Eine europaweite Kampagne gegen Lidl könnte somit im Interesse aller Lohnabhängigen, insbesondere der prekären Niedriglohnbeschäftigten auch außerhalb des Lebensmitteleinzelhandels sein.

Natürlich sind in erster Linie die Gewerkschaften angesprochen. Sie müssen aber bei ihrer schwindenden Gegenmacht anderen sozialen Bewegungen mehr Beachtung schenken, nicht notwendig die Führungsrolle übernehmen, sondern konstituierender Teil einer sozialen Bewegung sein. Gewerkschaft als soziale Bewegung darf sich dann aber nicht absentieren, sondern muss sich einbringen, muss mitdiskutieren und muss, mit anderen gemeinsam, lernen, den Gegenentwurf zum Entwurf der Betriebswirte in Europa zu gestalten.

Gemeinsam und solidarisch könnten wir ihn dann auch durchsetzen. Denn: Wir sind Europa.

** Achim Neumann arbeitet in Berlin als Gewerkschaftssekretär des ver.di-Fachbereichs Handel.*

# Selbstzweck Distinktionsgewinn?

## Tarifabschlüsse von ver.di und mb für Krankenhäuser im Vergleich

1,5 Prozent erhöht, für die Monate Juni bis August gibt es eine Pauschale von 100 Euro, der Entgelttarifvertrag läuft bis zum 30. Juni 2008. Die Tarifvertragsparteien einigten sich auf die Verlängerung des Vorruhestandstarifvertrages mit Rechtsanspruch und der befristeten Regelung zur Samstagsarbeit bis Ende 2008 sowie auf eine Erhöhung der Guthabenstunden auf dem Langzeitkonto, des Variabilisierungsspielraums für Leistungsvergütungen und eine Ausweitung der Bandbreite der Sonderzahlung.

Vermögenswirksame Leistungen können zukünftig in Altersvorsorge umgewandelt werden. Für 2006 und 2007 wird die Zahl der Ausbildungsplätze um 4,0 Prozent erhöht. Dies ist ein Prozentpunkt mehr als in der zuletzt vereinbarten Ausbildungsinitiative.

*Quelle: Informationen zur Tarifpolitik, Monatsbericht West und Ost 07/2006 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI)*

**Dank unserer guten Kontakte zum Marburger Bund konnten wir dafür sorgen, dass dessen Tarifabschluss für kommunale Krankenhäuser gerade noch rechtzeitig zum Umbruch kam, so dass wir ihn hier dokumentieren können. Nein, Spaß beiseite. Ähnlich wie beim Abschluss für die Beschäftigten an Landeskrankenhäusern scheint es zumindest auf den ersten Blick so zu sein, dass sich der Tarifabschluss des Marburger Bund kaum von dem von ver.di unterscheidet. Doch lest und vergleicht selbst.**

**Eine Bewertung der Tarifabschlüsse, der Auseinandersetzungen zwischen ver.di und mb und eine Einschätzung von deren Konsequenzen für die Gewerkschaftslandschaft in Deutschland steht freilich aus. Hier müsste nicht nur eine genaue Analyse der Tarifabschlüsse selbst Licht ins Dunkel der wechselseitigen Behauptung des Dumpings bringen. Zu klären ist auch, welche Probleme der Beschäftigten (und auch der PatientInnen) von den Tarifabschlüssen überhaupt erfasst werden (können), und nicht zuletzt: Welche Form der Interessenvertretung und Organisation der Beschäftigten des Gesundheitswesens jenseits der bestehenden Konkurrenz zwischen mb und ver.di notwendig wäre – Stichwort: Gesundheitsgewerkschaft (siehe dazu auch das Diskussionspapier von Nadja Rakowitz auf S. 16 dieser Ausgabe).**

### Der Tarifabschluss von ver.di

In Ergänzung bzw. Abänderung des TVöD werden folgende Eckpunkte vereinbart:

***I. Geltungsbereich***
Nachfolgende Regelungen gelten für Beschäftigte, die in einem Arbeitsverhältnis zu einem Arbeitgeber stehen, der Mitglied eines Mitgliedsverbandes der VKA ist, wenn sie in

- Krankenhäusern einschließlich psychiatrischen Krankenhäusern,
- medizinischen Instituten von Krankenhäusern oder
- sonstigen Einrichtungen (z.B. Reha-Einrichtungen), in denen die betreuten Personen in ärztlicher Behandlung stehen, wenn die Behandlung durch in den Einrichtungen selbst beschäftigte Ärztinnen oder Ärzte stattfindet,

beschäftigt sind.

### Besondere Regelungen für Ärztinnen und Ärzte

***1. Umfang der Arbeitszeit***
Die durchschnittliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden. Bis zum 1. September 2006 haben bisher vollbeschäftigte Ärztinnen und Ärzte im Tarifgebiet West die Möglichkeit, eine Teilzeitbeschäftigung im Umfang von 38,5 Stunden/Woche zu vereinbaren. Teilzeitbeschäftigte, deren Arbeitsvertrag die Vereinbarung einer festen Wochenstundenzahl enthält, können mit dem Arbeitgeber individuell vereinbaren, die Wochenstundenzahl so zu erhöhen, dass das Verhältnis der neu vereinbarten Wochenstundenzahl zur regelmäßigen Wochenarbeitszeit dem Verhältnis zwischen ihrer bisherigen Wochenstundenzahl und ihrer früher

# Musterknabe Europas?

## Tom Kucharz* über »subventionierten Frieden« und ein Spanien zwischen Grenzgang und Brückenkopf, Teil II

**Im ersten Teil seines Länderberichts hatte Tom Kucharz u.a. über den Übergang von der Franco-Diktatur, die Folgen des Regierungswechsels vom 11. März 2004 und die Modernisierung der spanischen Wirtschaft und Gesellschaft vor dem Hintergrund des EU-Beitritts berichtet. Im Folgenden richtet er sein Augenmerk auf aktuelle ökonomische, ökologische und gesellschaftspolitische Parameter wie auch auf die Bedeutung und den Charakter des spanischen EU-Grenzregimes.**

1992 musste die Sozialdemokratische PSOE dreimal die Währung abwerten, 1994 fiel die Peseta beinahe aus dem damaligen europäischen Währungssystem. Kurzzeitig blieben selbst die ausländischen Investitionen fern. Alle Welt verkaufte Aktien und Anteile. Die Erwerbslosenquote erreichte 24 Prozent. Mittlerweile war die Verwaltung hoch verschuldet, weil sie den öffentlichen Haushalt für verschwenderische Großprojekte (Expo-92 in Sevilla, Olympische Spiele in Barcelona 1992 etc.) und großzügige Subventionen an die Unternehmen[1] benutzte. Hinzukamen die Ausgaben für Infrastruktur[2], die notwendig waren, um an das EU-Entwicklungsmodell »anzuschließen«. Das enorme öffentliche Defizit vergrößerte sich aufgrund der Krise: Abfindungen für Massenentlassungen der staatlichen Betriebe; Subventionen zur Produktivitätssteigerung; Erwerbslosenhilfe bei Zunahme der prekären Beschäftigungsmodelle etc.

Um die öffentlichen Haushalte zu sanieren, empfahl der IWF die Privatisierung der staatlichen Monopole. Sofort begann die PSOE, die rentabelsten Unternehmen zu verkaufen. Mit dem Einverständnis der Gewerkschaften entstanden so die heute weltweit tätigen transnationalen Unternehmen wie *Telefónica*, *Repsol-YPF*, *Arcelor* oder *Endesa*. In Folge der liberalisierten Auslandsinvestitionen kontrollierte das ausländische Kapital 1995 bereits 40 Prozent der Industrie und erwirtschafte 18,7 Prozent des BIP.[3] Nach Inkrafttreten des Maastricht-Vertrags siedelten sich die wirtschaftlich rentablen Aktivitäten aber vor allem in der »Goldenen Banane«[4] an. In Spanien dagegen schlossen die ersten ausländischen Fabriken, die nur wenige Jahre vorher mit lukrativen Steuererleichterungen ins Land gelockt worden waren, und die industrielle Investition sank abrupt. Weltweit verlagerte sich die Produktion vermehrt nach Lateinamerika, Asien und Osteuropa. Im Vergleich zu den Löhnen in Mexiko, Polen, Süd-Korea oder Thailand war Spanien nun kein »Billiglohnland« mehr. Später folgte auch das spanische Kapital dieser Tendenz.[5]

Die konservative Regierung unter José María Aznar von der *Partido Popular* (PP) setzte ab 1996 die Privatisierungen fort. Sein Wirtschaftsrezept lautete: öffentliches Defizit senken, privatisieren und Wirtschaftswachstum. Es hatte Erfolg. Jahrelang wuchs das BIP über dem EU-Durchschnitt, 1998 erfüllte Spanien gar die Konvergenzkriterien und wurde in den Euro-Club aufgenommen. Der Anstieg der Familieneinkommen und der scheinbare Rückgang der Erwerbslosigkeit hatte zahlreiche soziale Konflikte entschärft. ›Familienwohlfahrt statt Wohlfahrtsstaat‹, so lautete die Devise. Die PP kürzte radikal die öffentlichen Ausgaben in sozialen Bereichen und investierte zunehmend in Infrastruktur und Dienstleistungen.

### ¿»España va bien«?

Zehntausende Baukrähne, erfolgreiche multinationale Unternehmen, wachsende Inlandsnachfrage, gutverdienende Selbstständige und sorgenlose Rentner deuten auf Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Das ist das Bild, das die Wirtschaftszeitungen präsentieren. Sie berichten davon, dass heute 90 Prozent der Bevölkerung über einen Telefonanschluss verfügen, 80 Prozent ein Auto besitzen, 93 Prozent der dreijährigen Kinder bereits eingeschult werden, die ärztliche Versorgung zu 99,8 Prozent abgedeckt und die Lebenserwartung von 75 auf 79 Jahre angestiegen ist, bei Frauen sogar auf 82,8 Jahre. Damit sei Spanien weltweit an fünfter Stelle.

Tatsächlich wuchs die spanische Wirtschaft im letzten Jahr um 3,4 Prozent, fast dreimal soviel wie die Eurozone. Zapatero erwog wiederholt den Eintritt in den Klub der G-8, da spanien damit weltweit an achter Stelle liege und die »Konditionen« erfülle. Das Bruttoinlandsprodukt liegt bei ca. 23 300 Euro pro Einwohner. Bei einer Bevölkerung von 43 Millionen gelten 19 314 300 als erwerbsfähig (56 Prozent), einer der EU-weit tiefsten Ziffern. Die Geburtenrate ist niedrig und die Bevölkerung veraltet. Die Zahl der erwerbslos Gemeldeten lag im Januar 2006 bei 1 841 300 (davon 65 Prozent Frauen), was einer Erwerbslosenquote von 8,7 Prozent entspricht. Bis 2004 verzeichnete das Land die höchste Erwerbslosenquote der EU. Während in Katalonien 6 Prozent erwerbslos sind, trifft diese Situation in Andalusien für 18,6 Prozent der Erwerbsfähigen zu. Nur 62 Prozent der »arbeitslos Gemeldeten« erhalten eine staatliche Unterstützung. Es ist zwar richtig, dass die Erwerbslosigkeit in Spanien seit den 90er Jahren abgenommen hat[6], doch wurde sie vielfach nur durch prekäre Angebote ersetzt. 33,3 Prozent aller Arbeitsverträge sind zeitlich befristet. »In Spanien arbeiten so viele Prekäre wie in Italien, England, Belgien und der Schweiz zusammen«, beschwert sich die Gewerkschaft UGT. Tendenz steigend. Denn nur einer von zehn neuen Arbeitsverträgen ist unbefristet, der Rest dauert im Durchschnitt nur 21 Tage. Immer mehr Verträge werden von Zeitarbeitsfirmen ausgestellt.[7] Diese drücken die Lohnnebenkosten, ignorieren die Flächentarifverträge und untersagen oftmals gewerkschaftliche Tätigkeiten. Jugendliche bis 30 Jahren leiden zu 70 Prozent unter dieser prekären Beschäftigungsstrategie, EU-weit sind es dagegen nur zwölf Prozent.

»Der informelle Arbeitsmarkt taucht in den offiziellen Statistiken gar nicht erst auf«, beklagt Miren Etxezarreta, Wirtschaftsprofessorin der Universität von Barcelona. Dieser ungeregelte Niedriglohnsektor mache jedoch 10 bis 20 Prozent des gesamten Arbeitsmarktes aus. Er betreffe insbesondere die Hausarbeit und die Landwirtschaft. Beides Bereiche, in denen immer mehr Migranten arbeiten. »Sie haben es generell viel schwerer als die Arbeiter mit Vertrag«, sagt Etxezarreta, »da sie außerhalb der Gesetze sind, gibt es keinerlei Kontrolle, weder über ihre Gehälter, noch über ihre Arbeitszeit und schon gar nicht über die Arbeitsbedingungen«.

Obwohl die Frauen zwei Drittel der bezahlten und unbezahlten Arbeit verrichten, verdienen sie auf dem Arbeitsmarkt für die gleiche Arbeitszeit, Tätigkeit bzw. Qualifikation im Durchschnitt 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen liegt bei 19 802,45 Euro.[8] Doch während man in einer Bank bis zu 37 000 Euro verdient, sind es in einem Restaurant nur 13 200 Euro. Das gesetzlich geregelte monatliche Mindesteinkommen beträgt 490,80 Euro. Zapatero hat versprochen, es auf 513 Euro zu erhöhen. Das entspräche dann 36 Prozent des durchschnittlichen Jahreseinkommens. Ein Manager dagegen verdient zwischen 63 und 1 861 Mindestgehälter.

Statistisch gesehen existieren in Spanien 3,06 Mio. Firmen, davon arbeiten 78 Prozent im Dienstleistungsbereich. Den Großteil der Beschäftigten stellen kleine und mittelständige Unternehmen.[9] Die Hälfte haben aber keinen einzigen Angestellten, sondern sind so genannte »Ich-AGs«. Schließlich stellen die Selbständigen bis zu 18 Prozent aller Erwerbstätigen. Im Vergleich zu großen Unternehmen tragen sie wesentlich höhere Steuerlasten. Die Beschäftigung in den großen Unternehmen fällt entweder oder wächst nur kümmerlich. So stieg die Zahl der Angestellten in den im Börsenindex Ibex-35 zusammengefassten Konzernen zum Beispiel 2003 um lächerliche 0,49 Prozent. Im Gegenzug multiplizierte sich der Umsatz an der Börse jedoch kontinuierlich.[10] Die Firmen des Ibex-35 verbessern jedes Jahr ihre Ergebnisse in einem Rhythmus der über die nächsten Jahre sehr schwer zu halten sein wird. *Endesa* verzeichnete allein im Jahr 2005 einen Nettogewinn von 3,18 Mrd. Euro (+154 Prozent gegenüber dem Vorjahr), *Repsol-YPF* 3,12 Mrd. (+29,2 Prozent), die Banken *BBVA* 3,80 Mrd. (+30 Prozent) und *Santander* ganze 6,22 Mrd. Euro (+72,5 Prozent). 15 Millionen Personen sollen insgesamt 283 Milliarden Euro an der Börse, 163 Milliarden Euro in Investmentfonds und 80 Milliarden in Rentenfonds angelegt haben. An der Börse kontrollieren die Auslandsinvestoren 35 Prozent des Marktes und 50 Prozent des Umsatzes.

### Immobilienspekulation und -blase

Das anhaltende Wirtschaftswachstum seit 1992 hatte unter anderem ein Ungleichgewicht innerspanischer Wanderungsbewegungen zur Folge. Zwanzig Jahre EU-Mitgliedschaft provozierten eine intensive Urbanisierung in Ballungszentren, während 80 Prozent des Territoriums Bevölkerung verlor. Eine traditionelle Landwirtschaft gibt es nicht mehr, dafür wird aber in wüstenähnlichen Landschaften Obst und Gemüse angebaut und nach Mittel- und Nordeuropa exportiert. Insbesondere entlang der Küstenregionen Murcia, Alicante, Almeria und bis nach Huelva entstand so eine industrielle Landwirtschaft, die zwar 68 Prozent der spanischen Agrarexporte ausmacht, dafür aber die Wasserressourcen aufbraucht bzw. mit der intensiven Nutzung von Pestiziden und Düngemitteln das Grundwasser und die Flüsse unbrauchbar macht. Heute sind die Hälfte der spanischen Flüsse, Grundgewässer und Talsperren überstrapaziert oder stark verschmutzt. An der Küste fiel der Grundwasserspiegel aufgrund hoher Belastungen durch die illegale Benutzung von Brunnen, weshalb 60 Prozent des Süßwassers dort für Jahrzehnte versalzen ist. Die lokale Verwaltung schaut

---

geltenden Wochenarbeitszeit entspricht.

***2. Zwölf-Stunden-Schichten***
Unter den Voraussetzungen des Arbeitszeit- und Arbeitsschutzgesetzes, insbesondere des § 5 ArbSchG, kann die tägliche Arbeitszeit im Schichtdienst auf bis zu zwölf Stunden ausschließlich der Pausen ausgedehnt werden. In unmittelbarer Folge dürfen nicht mehr als vier Zwölf-Stunden-Schichten und innerhalb von zwei Kalenderwochen nicht mehr als acht Zwölf-Stunden-Schichten geleistet werden. Solche Schichten können nicht mit Bereitschaftsdienst kombiniert werden.

***3. Eingruppierung, Entgelttabelle***
**Entgeltgruppe 1:** Ärztin/Arzt mit entsprechender Tätigkeit
**Entgeltgruppe 2:** Fachärztin/Facharzt mit entsprechender Tätigkeit
(siehe nebenstehende Tabelle ver.di)

Werte auf Basis von 40 Stunden/Woche einschließlich Jahressonderzahlung im Tarifgebiet West; Tarifgebiet Ost entsprechend der Bemessungssätze ab 1. Juli 2006 95,5 Prozent, ab 1. Juli 2007 97 Prozent. (...)

***4. Anrechnung von Vorzeiten***
Ärzte ohne Facharztanerkennung: Zeiten ärztlicher Berufserfahrung werden bei der Stufenzuordnung angerechnet. Eine Tätigkeit als Arzt im Praktikum gilt als ärztliche Berufserfahrung; dies gilt auch für bei In-Kraft-Treten dieses Tarifvertrages beschäftigte Ärzte. (...)

***5. Dokumentation geleisteter Arbeitsstunden***
Die Arbeitszeiten der Ärztinnen und Ärzte sind durch elektronische Zeiterfassung oder auf andere Art und Weise zu dokumentieren. (...)

**Regelungen für die Beschäftigten in Krankenhäusern, ausgenommen Ärztinnen und Ärzte**

1. Die Beschäftigten, die als Stationsleitungen tätig sind und die bisher keine Funktionszulage bekommen, erhalten eine Zulage in Höhe von 30 Euro.

**ver.di: Entgelttabelle monatlich in Euro**

| | Stufe 1 | Stufe 2 | Stufe 3 | Stufe 4 | Stufe 5 |
|---|---|---|---|---|---|
| **Arzt** | 3 400 | 3 650 | 3 860 | 4 000 | 4 100 |
| (Verweildauer in der Stufe) | 12 Monate | 24 Monate | 24 Monate | 48 Monate | |
| **Facharzt** | 4 300 | 4 750 | 5 150 | 5 600 | |
| (Verweildauer in der Stufe) | 48 Monate | 48 Monate | 48 Monate | | |
| **Oberarzt** | | Zulage 500 Euro | | | |
| **Leitender Oberarzt** | | Zulage 750 Euro | | | |

2. Zahlung einer monatlichen nichtdynamischen Zulage in Höhe von 35 Euro im Tarifgebiet West. Im Tarifgebiet Ost werden 33,43 Euro (95,5 Prozent) bzw. 33,95 Euro (97 Prozent) gezahlt. Für Teilzeitbeschäftigte anteilig. Keine Anwendung auf die Entgeltgruppe 1 bis 4. Stattdessen jährliche Einmalzahlung in Höhe von 12 Prozent der Stufe 2 der jeweiligen Entgeltgruppe. Auszahlung mit der Jahressonderzahlung. (...)

**Regelung für alle Beschäftigten in Krankenhäusern**

***Bewertung und Bezahlung des Bereitschaftsdienstes***
1. Der Arbeitgeber darf Bereitschaftsdienst nur anordnen, wenn zu erwarten ist, dass zwar Arbeit anfällt, erfahrungsgemäß aber die Zeit ohne Arbeitsleistung überwiegt.
2. Zum Zwecke der Entgeltberechnung wird die Zeit des Bereitschaftsdienstes einschließlich der geleisteten Arbeit nach dem Maß der während des Bereitschaftsdienstes erfahrungsgemäß durchschnittlich anfallenden Arbeitsleistungen wie folgt als Arbeitszeit gewertet:

***Bereitschaftsdienststufe***
*Stufe I* (bis zu 25 Prozent Arbeitsleistung) 60 Prozent
*Stufe II* (über 25 – 40 Prozent Arbeitsleistung) 75 Prozent
*Stufe III* (über 40 – 49 Prozent Arbeitsleistung) 90 Prozent

Die Tarifvertragsparteien werden sich über eine Bewertung des Freizeitausgleichs und eine Neubewertung der Bemessungsgrundlage für die Bezahlung (feste Beträge) spätestens bis zum 1. September 2006 verständigen. Hierbei erfolgt eine Orientierung an dem bisherigen Volumen der Bereitschaftsdienstbezahlung (§ 46 BT-K).
3. Die/Der Beschäftigte erhält neben dem Entgelt nach Satz 1 für die als Arbeitszeit errechnete Zeit des Bereitschaftsdienstes an Feiertagen je Stunde einen Zeitzuschlag in Höhe von 25 Prozent (Werte) der jeweiligen